Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7888

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 49 Halle a. S., Mittwoch den 28 Februar 1900. 11. Jahrg.

Reaktionäre Gelüste.

Mit recht sonderbaren Eingaben hat sich manchmal die Petitions-Kommission des Reichstags zu befassen. Bei all dem Ernst, mit welchem die Mitglieder der Kommission auch die selbsamsten Anliegen der Petenten entgegennehmen, in der Erwägung, daß es jedem Einsender eines Petitums bitterer Ernst um sein Gesuch ist, so bleibt es doch nicht aus, daß dann und wann allgemeine Heiterkeit die Ruhe im Sitzungssaale unterbricht. Da verlangt einer aus einer nordwestdeutschen Stadt, der Reichstag möge ihm 400—600 M. schenken, damit er durch Beschaffung eines Automobils seinen Handel vorteilhafter betreiben könne. Er wisse zwar, so fügt er offenherzig hinzu, daß er irgend einen Rechtsanspruch für sein Anliegen nicht geltend machen könne, er müsse auch zugeben, daß er gesund und rüstig sei, allein er hoffe auf das Wohlwollen des Hohen Reichstags, der ja über so viel Geld zu verfügen habe und darum wohl auch für einen armen Kleinhändler eine Kleinigkeit werde abfallen lassen.

Eine Frau aus dem Königreich Sachsen dringt ganz energisch darauf, daß endlich die „Hohe Kommission" den König von Sachsen veranlasse, seine Schlösser der Petentin zu übergeben, da letztere die alleinige rechtmäßige Besitzerin sämtlicher Schlösser sowie des Reichstagsgebäudes sei und sie nicht länger das ihr zugefügte Unrecht und den auf Hunderte von Millionen sich bezifferndem Schaden ruhig tragen wolle. — Verrückt! — Ein dritter ergeht sich in philosophischen Erörterungen, wie der Weltfrieden dauernd gesichert werden könne, wenn man seinem Rate folge. Er verlange für sein Geheimnis nur die Kleinigkeit von einigen Millionen.

Aber neben dieser harmlosen Schrullenhaftigkeit machen sich auch weniger harmlose Bestrebungen bemerkbar. So tauchen in neuester Zeit massenhafte Anregungen auf, die eine Durchlöcherung der Gewerbefreiheit zum Ziele haben: alle diese Petitionen kleiden sich in das Gewand der Mittelstandsrettung. Mit ganz besonderer Gier wird die Unterbindung des Konsum-Vereins-Wesens erstrebt. Kaum eine Sitzung der Petitions-Kommission vergeht, die sich nicht mit derartigen Eingaben zu beschäftigen hätte. Ganz Besonderes leistete darin eine Petition, die vorige Woche zur Verhandlung stand. Sie war eingereicht worden vom „Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibenden", umfaßte nicht weniger als zehn Punkte, die zum Teil in gar keiner inneren Verbindung standen und hackte mit wesentlich mehr Eifer als Geschick auf alle wirtschaftlichen Unternehmungen ein, die von dem Bestreben diktiert sind, den Konsumenten vom Zwischenhandel unabhängig zu machen, bezw. den Konsumenten beim Wareneinkauf möglichste Vorteile zu verschaffen.

Zuerst wurde die Einführung einer progressiv steigenden Umsatzsteuer für alle Warenhäuser, Versandgeschäfte und Konsumvereine verlangt; auch die Offizier- und Beamten-Konsumvereine sollten nicht ausgenommen werden. Dann wurde gefordert, daß die Gründung eines Konsumvereins von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werde. Die Entscheidung darüber, ob ein Bedürfnis vorliege, wurde vertrauensvoll in die Hände der Ortsbehörde gelegt. Den Rabattsparvereinen sollte der Weg gründlich verrammelt werden. Polizeiliche Anmeldung der Mitglieder, Kontrolle durch die Behörde, Eingriffe derselben in die Verwaltung, gewisse Verbote — kurz die reine Zwangsjacke. Großes Aergernis hat bei den Petenten auch die schaurige Thatsache erregt, daß die Bierflaschen und die Bierkrüge noch nicht geaicht zu sein brauchen. Beides müsse schleunigst eingeführt werden. Um den Mißständen in der Seifenfabrikation auf den Zahn zu fühlen, sei erforderlich, die Herstellung von Seifen unter die Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes zu stellen. Die von dem kaufmännischen Ladenpersonal erstrebte zehnstündige Ruhezeit sei von Uebel, eine neunstündige genüge auch. Insbesondere müsse der Hausierhandel noch ganz wesentlich eingeschränkt und auf dem Gebiete des Kolonialwarenhandels u. s. w. ganz verboten werden. Zwischendrein wurde die Einführung eines allgemeinen Fortbildungs-Unterrichts und die Errichtung zahlreicher mittlerer Handelsschulen mit dem Einjährig-Freiwilligenrecht gefordert, ein krauses Durcheinander von krämerhaften Reaktionsgelüsten, angehaucht von fortschrittlichen Bildungsphrasen.

Leider nahm nicht zu allen reaktionären Gelüsten die Kommissionsmehrheit eine entschieden ablehnende Haltung ein, und es bedurfte mehrmals des entschiedenen Eingreifens der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, von denen nur Thiele und Tutzauer anwesend waren, um den wirtschaftlichen Mißgeburten die niedrigste Klasse des Armenbegräbnisses: „Uebergang zur Tagesordnung" zu sichern.

Zum Teil fungiert nämlich die Petitionskommission als Leichenbestattungskommission. Wird einer Petition ein Begräbnis erster Klasse zuteil, so lautet das Verdikt der Kommission: „Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung". Bei einem Begräbnis zweiter Klasse wird votiert: „Ueberweisung zur Erwägung;" bei einer Bestattung dritter Klasse: „Ueberweisung zur Kenntnisnahme"; bei der vierten Klasse: „Ueberweisung als Material". Kann aus dem oder jenem Grunde eine Petition nicht einmal als Material überwiesen werden, so tritt das Armenbegräbnis in sein Recht; dann entscheidet die Kommission: „Dem Plenum ist Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen." Viele Petitionen, ja die meisten, bringen es allerdings nicht einmal bis zum Armenbegräbnis; sie werden formlos verscharrt, indem sie auf Beschluß der Kommission „für ungeeignet zur Erörterung vor dem Plenum" erklärt werden.

Die Wünsche in der oben skizzierten Petition des Zentralverbands deutscher Kaufleute und Gewerbetreibenden — von dessen Existenz übrigens kein Mensch etwas Näheres weiß — sind, soweit sie auf Einführung von Schulen Bezug hatten, der Regierung als Material überwiesen worden. Betreffs der anderen Punkte wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Die Regierungsvertreter, die zur Beratung zugezogen worden waren, nahmen zur Frage der weiteren Besteuerung der Konsumvereine sowie zur noch größeren Einengung des Hausierhandels ablehnende Haltung ein. Von konservativer Seite wurden dagegen gerade diese beiden reaktionären Gelüste unterstützt, obwohl der Zwangsinnungsschwärmer Jacobskötter selbst zugab, daß mehrere Wünsche unvereinbar seien mit der Gewerbefreiheit. Thiele trat energisch der Auffassung entgegen, als ob die Hausierer nichts weiter als Schmarotzer seien und setzte es auch durch, daß diese reaktionären Gelüste zur niedrigsten Art des Armen-Begräbnisses, zum „Uebergang zur Tagesordnung" verurteilt wurden.

Da sich gesetzgeberische Aktionen, die noch im Schoße der Zukunft schlummern, immer erst auf dem Wege der Petitionen Raum und Anerkennung zu verschaffen suchen, ist es nicht ohne Wert, die charakteristische Häufung der Petitionen nach weiterer Belastung der Konsumvereine und Einengung der Gewerbefreiheit im Auge zu behalten.

England und Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze

liegen heute amtliche Meldungen wieder nicht vor. Die privaten Meldungen sind widerspruchsvoll, wie gestern. **Cronje** hält sich noch immer. Der bekannte englische Finanzmann T. B. Robinson äußert sich im Daily Mail über die Lage Cronjes wie folgt: „Ich glaube, Cronje kann, wenn seine Leute zu ihm halten, wochenlang aushalten. Er suchte die Stelle, an der er jetzt verschanzt ist, aus zwei Gründen auf: erstens weil er so nahe wie möglich bei Bloemfontein sein wollte, da von dort Entsatz kommen würde und zweitens weil er wußte, daß die Stellung, welche er jetzt inne hat, am besten zur Verteidigung geeignet ist. Die Flüsse in Südafrika haben hohe Ufer, welche zehn, zwanzig und dreißig Fuß über dem Wasser emporragen. In diese Ufer kann man leicht Höhlen graben, in welchen man Menschen und Vorräte unterbringen kann."

Gekämpft wird um den Paardeberg heftig. Eine Abteilung Buren soll bei einem Zusammenstoß mit einer Abteilung von Frenchs Reitern zerstreut worden sein und viele Tote, Verwundete und Gefangene verloren haben. Den Engländern sind wieder einmal eine Anzahl Maultiere durchgebrannt. Dr. Leyds ist davon überzeugt, daß Joubert selbst mit dem größten Teil seines Heeres Cronje zu Hilfe geeilt sei.

Im Norden der Kapkolonie haben die Engländer eine neue Schlappe erlitten. Gatacre unternahm am Freitag morgen eine gewaltsame Rekognoszierung nach Sterkstrom. Er hatte fünf Kompagnien des Derbyshire-Regiments, vier Kompagnien berittene Infanterie und acht Geschütze bei sich; dazu kamen noch sechzig Mann von Montmorencys Kundschaftern. Vom Rooikophügel bei Stormberg aus eröffnete die Artillerie der Buren zuerst das Feuer. Gatacres Artillerie antwortete und während dieses Artilleriekampfes rückten Montmorencys Kundschafter vor, um einen beherrschenden Punkt auf dem Höhenrücken zu nehmen. Sie ließen ihre Pferde am Fuße der Anhöhe zurück, kletterten zum Hügel hinauf und befanden sich dort plötzlich unerwartet einer großen Anzahl Buren gegenüber, welche gleichzeitig auf einer anderen Seite der Anhöhe hinaufgestiegen waren. Beide Parteien feuerten und auf beiden Seiten fielen Leute. Man suchte Deckung, die Buren näherten sich aber auf kluge Weise der Flanke von Montmorencys Kundschaftern und beschossen sie in mörderischer Weise. Montmorencys Leute hielten dies eine Weile aus, flüchteten dann aber zu ihren Pferden, allein nun fanden sie, daß die Buren ihnen schon 14 Pferde abgeschnitten hatten. Bei diesem Kampfe ist auch Hauptmann Montmorency gefallen. Nachdem Gataces Artillerie noch sechs Stunden lang gefeuert hatte, wurde Befehl zum Rückzug gegeben.

Nicht gut liegen die Dinge **vor Ladysmith** für die Engländer. In einem Telegramm der Daily Mail aus Colenso vom 24. Februar heißt es: Trotz der bei unserem Vorrücken ausgeübten Vorsicht geriet Mittwoch nachmittag doch ein Teil des Somerset-Regimentes in eine kritische Lage. Die Leute rückten gegen einige Hügel auf der rechten Front vor und marschierten so weit, daß die auf Groblers Kloof verschanzten Buren leicht auf sie feuern konnten. Die Buren eröffneten ein heftiges Gewehrfeuer, welches unsere Leute zu erwidern versuchten. Sie verloren hundert Mann, darunter drei Offiziere tot, doch behaupteten sie ihre Stellungen bis zur Dunkelheit und zogen sich dann während der Nacht zurück. Die Buren feuerten Salven in die geräumten Stellungen. Donnerstag abend wurde die vorgeschobene Stellung des Lancaster-Regiments unter Groblers Kloof zweimal von den Buren angegriffen. Dieselben unternahmen entschlossene Sturmangriffe, wurden aber zurückgetrieben. Unsere Verluste betrugen hierbei hundert Mann. Der Kampf am Freitag war hauptsächlich charakterisiert durch einen glänzenden Angriff der irischen Brigade unter Führung der Inniskilling-Füsiliere auf die Hügel auf der rechten Flanke. Trotz der größten Tapferkeit gelang es unseren Leuten nicht, alle uns entgegenstehenden Stellungen vor der Dunkelheit zu nehmen. Unsere Leute hatten schwere Verluste, da die Buren in stark verschanzten Stellungen waren. Seit wir das hohe Terrain aufgegeben haben, um über den Tugela zu gehen, haben wir den Angriff thatsächlich wieder von vorn angefangen und zwar gegen schwierige Stellungen, welche stark besetzt zu sein scheinen.

Wir haben jetzt nur noch 2 Meilen vor uns, so wird der Times unterm 24. d. Mts. gemeldet, bis wir in Berührung mit Ladysmith kommen, aber dieser vor uns liegende Teil ist der schlimmste. Wir müssen uns auf einen sehr harten Kampf gefaßt machen. — Diese zwei Meilen, wenn wir sie nur erst hinter uns hätten, wird Buller denken!

Cronje.

Jemand, der Cronje genau kennt, äußert sich im Daily Telegraph nach der Frankf. Ztg. folgendermaßen über den Buren-General:

„Nein, er wird sich nie ergeben, wenigstens nicht freiwillig. Seine Truppen mögen ihn zwingen, das Spiel aufzugeben, aber er selbst wird bis zum letzten Augenblicke kämpfen, und sollte ihm das Entkommen unmöglich gemacht werden, so wird er eher im Schützengraben sterben, als sich ergeben. Wenn er entkommt, und geschähe dies nur mit wenigen Leuten, unter Zurücklassung seiner ganzen Armee, seiner Kanonen und seiner Vorräte, so wäre dies eine ernste Sache. Die Buren beider Republiken, von Präsident Krüger bis hinunter zum geringsten Bürger, haben einen unbedingten Glauben an Cronje und ein unbedingtes Vertrauen zu seiner Macht. Würde er von Paardeberg entkommen, so würde das nicht nur mit größter Freude begrüßt werden, sondern es würde auch den Glauben bestätigen, daß die Vorsehung auf Seite der Buren ist und daß der Sieg der Buren über die Engländer nur eine Frage der Zeit ist. Die Buren würden sich von neuem um Cronje scharen, die versprengten Kommandos würden zu ihm strömen und wir würden ernste Mühe haben, ihn und die anderen Burentruppen zu unterwerfen. Cronjes Niederlage würde eine große gegenteilige Wirkung haben, und es ist von Wichtigkeit, daß, wenn unser Sieg vollständig sein soll, er nicht entkommt oder er wenigstens nicht im stande ist, eine neue Armee um sich zu sammeln. Seine Niederlage würde die Moral und die Kraft der Buren erheblich erschüttern, zwar nicht vollständig, aber doch genügend, um unsere Aufgabe weniger schwer zu machen. Die Stellung, welche er jetzt inne hat, ist von Natur stark, gut zu verteidigen und der Taktik der Buren angemessen. Sie kann in der That nicht durch Infanterie-Angriff genommen werden, außer unter großen Opfern an Menschenleben. Es ist jetzt thatsächlich nur ein Wettkampf zwischen unserer Artillerie und den etwa herbeikommenden Verstärkungen der Buren . . . Wird Cronje gezwungen, sich zu ergeben ehe Hilfe kommt, so wird der Sieg unserer Artillerie zu verdanken sein."

Des Krieges überdrüssig

ist die englische Kavallerie des Generals Brabant, der im Norden der Kapkolonie bei Dordrecht operiert. Wie aus London gemeldet wird, haben 50 Prozent der ersten fünf Schwadronen aus verschiedenen Gründen ihre Entlassung verlangt, wozu sie berechtigt sind, da ihre vertragsmäßigen drei Monate Dienstzeit abgelaufen sind.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 27. Februar 1900.

Genosse Albert Schmidt ist nach Meldungen bürgerlicher Blätter unterlegen. Auf Placke (natl.) fielen 19 222 Stimmen, auf Schmidt 17 929. In der Hauptwahl 1898 erhielt Schmidt 17 090, Placke 13 894 Stimmen, in der Stichwahl Schmidt 18 300, Placke 18 100.

Mit dem Staatsstreich droht die offiziöse Münch. Allg. Ztg. Ein Leitartikel: „Der starke Mann und die politischen Parteien" schließt mit der Aufforderung, einer starken Regierung die Wege nicht unnötig zu verlegen und durch kleinlichen Parteistreit die Arbeit über Gebühr zu erschweren. Sie könnte sonst mit dem Dichter doch vielleicht sich sagen: „Es war noch immer, wo es galt zu retten — **Das Recht des Stärkern nicht das schlechtste Recht.**"

Die „Erdrosselungssteuer" im Abgeordnetenhause. Vor überfüllten Tribünen begann das preußische Abgeordnetenhaus am Montag die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Warenhaussteuer. Minister Dr. v. Miquel, auf dessen Tonseite die Beratung bis zu seiner Wiedergenesung ausgesetzt war, leitete die Debatte ein. Wie ein roter Faden zog sich durch seine Rede der Gedanke, daß die Vorlage durchaus nicht geeignet sei, den von den Mittelstandsrettern gewählten Zweck zu erfüllen und den Warenhäusern den Garaus zu machen. Miquel ist viel zu schlau, als daß er glauben könnte, es sei möglich, durch Gewaltmittel der kapitalistischen Entwickelung Halt zu gebieten, aber Gewaltmittel sind nun einmal die einzigen Waffen, deren sich unsre Regierung zu bedienen weiß, und wer diese Regierung politisch mitmacht, der muß unter Umständen auch wider besseres Wissen und entgegen seiner Ueberzeugung für bestimmte Maßregeln eintreten.

Nach Ansicht des Ministers v. Miquel darf die Gesetzgebung nicht den Zweck verfolgen, die großen Warenhäuser zu drangsalieren. Darin pflichten wir ihm bei. Wenn er aber als Ziel der Vorlage eine Verlangsamung der modernen fortschrittlichen Entwicklung hinstellt, so mögen ja einige ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000228-14/fragment/page=0001

frauensselige Leute wirklich an die Erreichung dieses Zieles glauben. Wir glauben nicht daran, und Herr von Miquel glaubt auch nicht daran. Er will dem Kleinbetrieb Zeit lassen, die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr durch genossenschaftlichen Zusammenschluß zu treffen. Als ob die Kleinbetriebe nicht Zeit genug gehabt hätten, und als ob es an derartigen Versuchen bisher etwa gefehlt hätte!

In recht geschickter Weise und mit wirksamen Argumenten bekämpfte Abg. Dr. Crüger (Freis. Volksp.), der bekannte Genossenschaftsanwalt, die Vorlage. Ebenso brachten die Abgg. Hausmann (natl.) und Gothein (Freis. Vereinig.) eine ganze Reihe von Gründen gegen den Entwurf, insbesondere gegen die geplante Umsatzsteuer vor. Völlig auf die Seite der Regierung stellte sich nur Abg. v. Brockhausen (kons.), der mangels andrer Argumente die Notwendigkeit einer Bekämpfung der Warenhäuser aus der Thatsache herleitete, daß die durch diese Geschäfte vernichteten selbständigen Existenzen der Sozialdemokratie zufallen. Im preußischen Abgeordnetenhaus darf man derartige Gründe bekanntlich ruhig vorbringen.

Weiter als die Regierung will Abg. Rören (Zentr.) gehen, der die Seidenbesteuerung bereits bei einem Umsatz von 200 000 M. statt 500 000 M.) beginnen lassen und die Steuer beträchtlich erhöhen will. Auch bei dieser Gelegenheit erwies sich das Zentrum wieder als die wirtschaftlich reaktionärste Partei, die höchstens noch von den Antisemiten übertrumpft wird.

Die Rede des Handelsministers Brefeld, der ebenfalls in die Debatte eingriff, bot nichts Erwähnenswertes. Auch er macht, genau wie sein Kollege, die Sache offenbar nur deshalb mit, weil er von anderer Seite gedrängt wird. Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Gemaßregelter Pastor. Der Prediger einer Hamburger reformierten Privatgemeinde, Herr Hillmann, hatte in seiner Neujahrspredigt von der religiösen und sozialen Frage des neuen Jahrhunderts gesprochen. Er wurde daraufhin von einem Aeltesten des Kirchenvorstandes aufgefordert, niemals wieder in der Predigt die soziale Frage berühren zu wollen. Zum Vorwurf wurde ihm gemacht, er sei in seiner Predigt zu den Zöllnern und Sündern herabgestiegen, es hätten deshalb sogar Sozialdemokraten seine Predigten besucht. Mißfällig sei es auch bemerkt worden, daß er seiner Wirtschafterin seinen Kirchenstuhl eingeräumt habe. Auf seine ablehnende Antwort hin haben dierzehn Mitglieder des weiteren Kirchenvorstandes seine Entlassung beantragt, eventuell solle er dieselbe freiwillig nehmen. Hillmann hat dies abgelehnt und sieht nun einer Kündigung seiner Stelle durch den Kirchenvorstand entgegen.

Verdächtige Monarchisten. Die liberale National-Ztg. belustigt sich darüber, daß das kleine Reuß ä. L. nichts von der Flottenvorlage wissen will. „Europa ist ruhig", spottet das Blatt.

Der Hohn ist unvorsichtig. Reuß ist ein völlig gleichberechtigter Bundesstaat, und der Fürst von Reuß ist genau so intensiv von Gottes Gnaden wie etwa der König von Preußen, dieweil das Gottesgnadentum nicht mit der Quadratmeilenzahl des regierten Landes zunimmt.

Der Spott des Bourgeoisblattes trifft also die vom Liberalismus so inbrünstig beteuerte monarchische Gesinnung selbst und außerdem die Reichsverfassung.

Die Strafe des Duellmörders. Mülhausener Blätter berichten, in der Duellaffaire Schlabitz-Kißlich habe das Kriegsgericht bereits das Urteil gesprochen. Leutnant Ernst, der erste Duellegner von Schlabitz, der diesem eine ungefährliche Verletzung beibrachte, sei zu vier Monaten, Leutnant Kißlich, dessen Kugel Schlabitz sofort tot niederstreckte, zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt worden. Die Strafen seien auf der Festung Wesel zu verbüßen.

Ausland.

Oestreich. Eine große Protestkundgebung der Sozialdemokraten hat am Sonntag in Wien stattgefunden. Sie richtete sich gegen die neue Wahlordnung und nahm ihren Ausgang von einer Volksversammlung, welche sehr stark besucht im Ronacher Saal abgehalten worden war. Nach dieser Versammlung zogen auf der Ringstraße etwa 5000 Personen unter Pfuirufen und dem Absingen von Arbeiterliedern auf und ab. Die Wache trieb die Menge auseinander und verhinderte sie, gegen den Franzensring vorzudringen. Nur eine kleine Gruppe gelangte zum Rathaus, wo sie dann abermals Kundgebungen veranstaltete, aber auch hier wurden die an den Kundgebungen beteiligten Personen schließlich von der Wache zerstreut. Im ganzen wurden etwa 40 Personen verhaftet; die meisten wurden jedoch alsbald wieder freigelassen.

Die politische Lage ist wieder einmal außerordentlich verworren. Das Ministerum Körber weiß nicht aus noch ein.

Frankreich. Der Staatsgerichtshof verurteilte den antisemitischen Deputierten Marcel Habert wegen Staatsverbrechens zu fünfjähriger Verbannung. Habert hat sich nach San Sebastian in Spanien zu seinem Freunde Deroulede begeben. — Am Sonnabend begann in Paris ein großer Prozeß zwischen den Kanonenfabriken Krupp in Essen und Schneider in Le Creusot wegen Aneignung eines Kanonenmodells.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Wegen Beleidigung eines Bergbeamten** in Marten ist am 21. November v. J. vom Landgerichte Bochum der Redakteur der Berg- und Hüttenarbeiterzeitung, Otto Hue, zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, nachdem ein früheres Urteil auf seine Revision vom Reichsgerichte aufgehoben worden war. Seine Revision gegen das neue Urteil wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Gewerkschaftliches.

7500 Holzarbeiter feiern gegenwärtig nach den Feststellungen der Lohnkommission in Berlin. Der Beschluß, 20 bis 25 Prozent der Arbeiter auszusperren, ist nicht von allen Unternehmern ausgeführt worden. Das Berliner Gewerkschaftskartell hat sich mit den Holzarbeitern solidarisch erklärt. Die Freie Vereinigung der Holzindustriellen hat beschlossen, bei allen Behörden vorstellig zu werden, um diese zu bestimmen, die Fristen für die Lieferungen zu verlängern. Es ist dabei das Ersuchen gestellt worden, eine Streikklausel, ähnlich wie sie der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe jüngst beschlossen hat, in die Verträge nachträglich einzufügen.

Der heutige Vorwärts ist leider ausgeblieben, so daß wir nähere Mitteilungen nicht bringen können.

Die organisierten Textilarbeiter der Düsseldorfer Firma Herzfeldt Söhne hatten der Firma die Forderungen auf 10stündige Arbeitszeit, Lohn von 21—27 Mk. und Abschaffung der ungerechten Strafen gestellt. Die Firma antwortete durch Plakat am Schwarzen Brett, daß sie nichts bewillige. Diejenigen, die nicht damit einverstanden seien, könnten sofort aufhören. Die Arbeiter versuchen zur Zeit noch einmal sich mit der Firma zu verständigen, doch scheint es nach der ganzen Haltung der Firma als sicher, daß es zum Streik kommt.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Die Lage des Streiks. Im **halleschen Revier** ist eine Veränderung nicht eingetreten. In Nietleben fand gestern abend eine von etwa 600 Bergleuten besuchte Versammlung statt. Es wurde beschlossen, im Ausstande zu verharren und vorläufig weitere Versuche zur Herbeiführung einer Einigung nicht zu unternehmen. In das Komitee zur Auszahlung der Streikunterstützungen wurden Fr. Schubert, Franz Müller und Louis Haupt gewählt. Pokorny kam auf die pöbelhaften Schimpfereien und Verleumdungen der Ordnungspresse zurück und charakterisierte dieselben unter großem Beifall der Anwesenden in einer Weise, daß den bürgerlichen Tintenkulis nur der Weg der Klage bleibt, wenn sie auf bürgerliche Reputation Anspruch erheben wollen.

Im **Meuselwitzer Revier** ist der Streik nunmehr allgemein.

Im **Zeitz-Weißenfelser Revier** macht die Bewegung immer weitere Fortschritte. Auf der Grube **„Marie"** bei Aue und **„Otto"** bei Reußen sind gestern die Belegschaften in den Ausstand getreten. Auf ersterer wollte der Oberfteiger eine Lohnerhöhung von 2½ Proz. auf eigene Rechnung bewilligen. Das wurde jedoch selbstverständlich abgeschlagen. Auf Grube **„Gottlob"** bei Theißen fuhren am Montag 20 Mann von der Nachtschicht nicht ein. Auf Grube **„Paul"** bei Luckenau wurde gestern die Niederlegung der Arbeit erwartet.

Auch im **Nempitz-Keuschberger Revier** steht der Ausstand bevor. Eine Bergarbeiter-Versammlung beschloß die Einreichung der Forderungen an die Direktion der Sächs. Thüring. Akt.-Ges., der die Grube in Kötschau gehört und erhielt Antwort bis zum 1. März. Am Sonntag, den 4. März, findet in Teuditz oder Keuschberg eine Bergarbeiter-Versammlung statt, die das Weitere beschließen soll.

Sämtliche Geldsendungen sind zu richten an Bergmann **Hermann Drähne**, Hohenmölsen, Nordstraße. Briefsendungen nimmt entgegen Franz Pokorny, Stadt Einbeck, Franckestraße, in Halle. An diesen beiden Stellen ist auch alles Weitere über das Sammelwesen zu erfahren.

Im Sumpfe der Gemeinheit fühlt sich das Ungeziefer der Ordnungspresse wohl, wenn es über den Bergarbeiterstreik schreibt. Die ergiebigste Mistpfütze dieser Art wird, wie männiglich bekannt, durch die konservative Hall. Ztg. dargestellt. Es giebt keine Lüge — und sei sie noch so infam oder borniert — die nicht von der Hall. Ztg. mit leidenschaftlichem Eifer gelogen wird, wenn es gilt, die Arbeiter und ihre Bestrebungen zu verleumden. Um unseren Lesern einen Begriff zu geben von der unsagbaren Gemeinheit und Verlogenheit, die in dieser konservativen Kloake ihre Geburtsstätte hat, seien aus der Nummer vom Montag abend einige Ergüsse über den Bergarbeiterstreik wiedergegeben. Nachdem das Blatt frischweg geschwindelt hat, die Zahl der Ausständigen habe „wesentlich abgenommen", fährt es fort:

Schamlos ist in der voraufgegangenen Woche die Hetze betrieben worden. Selbst der Stadtverordnete und Tischlermeister Herr Krüger-Halle hat seine „schätzenswerte" Kraft einer Zeitzer Bergarbeiterversammlung zur Verfügung stellen müssen, obschon ereine Braunkohlengrube noch nie gesehen, geschweige denn eine Kenntnis von den Einrichtungen und Bedürfnissen einer solchen Grube hat.

Nachdem der „Hüttenarbeiter a. D." Schulz-Zangenberg — ein Schlesier — und der Hetzarbeiter Pokorny den Schauplatz ihrer durch Sachkenntnis ungetrübten Thätigkeit nunmehr in die Gegend zwischen Teutschenthal und Röblingen verlegt haben, ist auch heute in diesem bisher durch aus friedlichen Revier der Unfriede und ein teilweiser Ausstand ausgebrochen. Man darf gespannt darauf sein, ob das „Volksblatt" nun immer noch mit fr—ier Stirne behauptet, daß die Sozialdemokratie nicht hetze.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Sozialdemokratie den Ausstand will, nicht etwa zum Wohle der Arbeiter, sondern im Parteiinteresse. Die Angelegenheit ist also wiederum zur Machtfrage zugespitzt, und es bleibt den Arbeitgebern unseres Erachtens nichts weiter übrig, als den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Es ist bedauerlich, daß unsere Gesetzgebung nicht ausreicht, solchem Unfuge zu begegnen und die Urheber unschädlich zu machen.

Man weiß wahrlich nicht, was man an diesen Ausführungen mehr anstaunen soll, die unglaubliche Frechheit, mit welcher die Thatsachen auf den Kopf gestellt werden oder die odzige Borniertheit, welche dazu gehört, vor den sehenden Augen Zehntausender von Leuten schwarz für weiß und weiß für schwarz ausgeben zu wollen. Das ist nicht mehr „schamlos", das ist — ja zum Teufel: es ist nicht leicht, hierfür das richtige Wort zu finden! Doch richtig: das ist — echt konservativ. Wer freilich berufsmäßig jeden Tag den Lesern vorschwindeln muß, die Verdoppelung der Flotte sei eine Notwendigkeit, wer die konservative Steuer- und Sozialpolitik in Schutz nehmen muß, wer zu den Thaten konservativer Größen schweigen und sie obendrein noch belobhudeln muß, dem muß ja nach und nach das Gefühl für Wahrheit und Anstand, die Fähigkeit der Selbstprüfung so vollständig abhanden kommen, daß er schließlich nicht mehr weiß, was er sagt.

Die armen Bergwerksprotzen! Ihnen wird „im Parteiinteresse" der Ausstand aufgezwungen. Wie gern möchten die Werksverwaltungen die lappigen zehn Prozent Lohnerhöhungen bewilligen; aber da stehen die vertrackten Sozi hinter ihnen und raunen den Grubenbaronen ins Ohr: „Thu's nicht, thu's nicht! Laß die faule Bande hungern! Der Hunger wird sie schon wieder zu Paaren treiben."

Wie gern möchten die Dividendenjäger bessere Wetterführung und andere Sicherheitsmaßnahmen einführen, warme Bäder für die beschmutzten Sklaven des Schachtes herrichten, Kranken-Transportwagen in Bereitschaft halten und die Schichtdauer auf acht Stunden verkürzen; aber die aufhetzenden Agitatoren der Sozialdemokratie stehen hinter ihnen und flüstern ihnen zu: „Sei doch nicht so dumm und gieb den Kerlen einen Teil deines Gewinnes! Selber essen macht fett! Und was braucht diese Gesellschaft Brausebäder, bessere Wetterführung oder gar eine Verkürzung der Schichtdauer? Sei nicht so dumm! Kommt die Bagage erst zum Bewußtsein, daß sie Menschen und keine Sklaven sind, dann fordern sie immer mehr; schließlich bliebe dann für euch armen Aktionäre kaum noch so viel Profit übrig, daß ihre jährlich einige Wochen oder Monate ins Bad reisen könnt!" — So „schamlos" sprechen die wüsten Hetzer zu den Grubenbesitzern und Zechenaktionären, so daß diesen armen Leuten, obwohl ihnen das mitleidige Herz dabei schier zerbricht, nichts weiter übrig bleibt, „als den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen".

Der schmelzreiche Schmerzensruf nach einem Gesetze, welches gestattet, „solchem Unfuge zu begegnen und die Urheber unschädlich zu machen", ist unter diesen Umständen wohl begreiflich.

Seht, Bergleute! Die Blätter vom Kaliber dieser Hall. Ztg. sind es, denen noch manche von Euch bei Wahlen Glauben schenken. Erkennt jetzt, wo Ihr an Euch selbst erfahrt, wie die wahre Natur dieser Giftspritzen beschaffen ist, wie Ihr mit ihnen dran seid.

Da! Bei Streiks und anderen Differenzen mit dem Unternehmertum haben die Arbeiter die beste Gelegenheit, die wahre Natur der sogenannten unparteiischen Blätter kennen zu lernen. So sehr diese sich auch hüten, bei den Arbeitern anzuecken, weil sie sonst befürchten müssen, Abonnenten zu verlieren, so kommen doch in unbewachten Augenblicken die kapitalistischen Krallen hinter den Sammetpfötchen zum Vorschein. Dieses Malheur ist heute dem Centr.-Anz. passiert. In einer Notiz unter Meuselwitz schreibt dieses Blatt nämlich:

Die angeruf ene Vermittelung des Herrn Bergi nspektors Boenisch in Altenburg ist bisher erfolglos geblieben, **da** die Arbeiter auf ihren Hauptforderungen (Lohnerhöhung und Schichtverkürzung) beharren.

Famos! Die Vermittelung des Berginspektors ist erfolglos geblieben, da die Bergleute auf ihrer Hauptforderung beharren Die Vermittelung des staatlichen Aufsichtsbeamten wird also, wie der Centr.-Anz. mit sicherem kapitalistischen Instinkt herauswittert, darin gefunden, daß er die Bergleute von ihren Hauptforderungen abzubringen versteht. Da nun die Bergleute nicht so thöricht sind, sich selbst den Strick um den Hals zu legen, da sie ihre Hauptforderungen aufrecht erhalten, mußte die „Vermittelung" erfolglos bleiben. Die Bergleute werden sich das merken.

Auch das Weißenfelser Kreisblatt enthält in seinem Streikberichte wörtlich diesen Satz. Dieses Blatt verrät auch in einer Schlußbemerkung, warum so viele Gendarmen nach dem Streikgebiet gezogen worden sind. Die Enthüllung, für welche die Arbeiterschaft dem Blatte gleichfalls dankbar sein wird, lautet:

Im Streikrevier gedachte man am gestrigen Löhnungstage die letzte Löhnung nicht auszuzahlen, diese vielmehr auf Grund der kontraktlichen Bestimmungen der Knappschaftskasse zu überweisen. Da die Streikenden, welche erst in 14 Tagen Unterstützungen durch die Streikkasse zu gewärtigen haben, mit diesem Lohne bereits gerechnet haben, **dürfte diese Maßnahme zu Unruhen Anlaß geben,** und es sind **aus diesem Grunde** die Gendarmerie-Kommandos bereits **entsprechend verstärkt worden.**

Sehr gut! Die Werksverwaltungen wollen den Bergleuten den verdienten Lohn nicht auszahlen. Da die um ihre Hoffnung Geprellten darüber „unruhig" werden könnten, ist die Gendarmerie „entsprechend verstärkt worden". Wie viel liegt in diesem kleinen Satze. Es liegt erstens darin, daß die Werksverwaltungen ihren Streich, den verdienten Lohn nicht auszahlen zu wollen, mit kluger Berechnung gemeinsam geplant haben. Es liegt zweitens darin, daß sie sich über die voraussichtliche Wirkung des Streiches, nämlich, daß er „zu Unruhen Anlaß geben dürfte", völlig klar waren. Es liegt drittens darin, daß sie ihren Plan und ihre Befürchtungen der Behörde mitgeteilt haben. Es liegt viertens darin, daß die Behörden den Plan gebilligt und die Befürchtungen geteilt haben. Und es liegt fünftens darin, daß die Behörde — nicht etwa, um die erwarteten „Unruhen" zu vermeiden, den Grubenbaronen verboten hat, böses Blut zu machen, sondern bereitwilligst durch Verstärkung der Gendarmerie die erwarteten üblen Folgen der Maßnahme zu erdrücken beflissen gewesen ist.

Das Weißenfelser Kreisblatt hat schon viel, sehr viel an den Arbeitern gefrevelt. Aber mit diesem Satz, der ihm unbesehens durchgeschlüpft ist, weil es seiner Tragweite sich nicht klar war, hat es der Arbeiterschaft einen großen Dienst erwiesen.

Die freisinnigen Hirsche und der Streik. Im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein der Maschinenbauer zu Halle wurde am Sonnabend auch der Bergarbeiterstreik zur Sprache gebracht. Hiesige Blätter berichten darüber:

Bei Besprechung des Bergarbeiterausstandes im hiesigen Kohlenrevier stellte **ein anwesender Bergmann** (Gewerkvereinler) die Sache nicht so schlimm dar, als von sozialdemokratischer Seite behauptet wird. Würden die Bergleute direkt mit ihren Grubenverwaltungen verhandeln, sie würden mehr erreichen, **als wenn hergelaufene unbekannte Größen,** wie der angebliche Bergmann bezw. Schreiber Hue aus Westfalen und Pokorny aus Böhmen, sich das Recht anmaßen, für die Bergleute einzutreten. Hue ist kein gelernter Bergmann, obgleich er sich dafür ausgiebt, auch Pokorny hat noch nicht den Nachweis erbracht, daß er gelernter Bergmann ist; aber das haben beide fertig gebracht, die Bergleute gegen ihre Grubenverwaltungen aufzuhetzen. **So schlimm wie in der sozialdemokratischen Presse geschildert, liegen die Verhältnisse nicht,** obwohl zugegeben werden muß, daß Verschiedenes anders gestaltet werden könnte.

Der Hirsch, wie er leibt und lebt! Das ist schon keine Harmonieduselei mehr, das ist die Knechtsseligkeit gegen das Kapital und der Verrat gegen die Kameraden, wie er im Buche steht. Pfui über einen Bergmann, welcher hintritt und seine eigenen Kameraden verlästert! Was den „Schreiber" Hue und den „Böhmen" Pokorny anlangt, so sind diese beiden wackeren und unerschrockenen Kämpfer für die Rechte der Arbeiter aller Wahrscheinlichkeit länger als Bergleute angefahren als der „anwesende Bergmann", dem zwei Männer „unbekannte Größen" sind, die seit langen Jahren mit an der Spitze der deutschen Bergarbeiterbewegung stehen. Seine bodenlose Unwissenheit in Bergarbeiterfragen im Verein mit harmonischer Knechtseligkeit ist der alleinige Grund, daß dem „anwesenden Bergmann" Hue und Pokorny „unbekannte Größen" sind. Wie viel die Bergleute durch „direkte Verhandlungen" mit den Grubenverwaltungen erreichen konnten, haben ja die Konferenzen am Mittwoch und Sonnabend gezeigt. Doch: was will man von einem Hirsch mehr verlangen!

Legt's zu dem übrigen.

*

In Oestreich ist keine Veränderung eingetreten. Die Arbeiter stehen fest.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 27. Januar 1900.

* **Einen Gewaltstreich** planen anscheinend die Unternehmer im Baugewerbe. Sie können es den Maurern und Bauarbeitern noch immer nicht vergessen, daß diese sie im vorigen Sommer gezwungen haben, ihre Forderungen anzuerkennen. Da es aber schlecht aussehen würde, wenn man die gemachten Verabredungen in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeit durchbrechen würde, hilft man sich auf andere Weise. Auch jetzt ist es wieder der Kasernenbau, der in erster Linie den Stein des Anstoßes bildet. Die Maurer haben es schon öfter abgelehnt, Akkordarbeit zu verrichten und man hat sich denn auch, wenn auch nur schweren Herzens, damit zufrieden gegeben. Nun aber soll die Sache eine andere Wendung nehmen. Ende voriger Woche stellte man wiederum an die Maurer das Ansinnen, Akkordarbeit zu verrichten. Natürlich lehnten die Maurer ebenso entschieden wie früher die Zumutung ab. Aber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000228-14/fragment/page=0002

jetzt kam etwas anderes. **Sämtliche sich weigernde Maurer erhielten ihre Entlassung,** nur einige wenige, die sich bereit erklärten, die Akkordarbeit zu machen, durften weiter arbeiten. Am Montag früh erklärten sich die **Bauarbeiter** mit den Maurern **solidarisch** und so ruht jetzt wieder einmal auf dem Kasernenbau die Arbeit, dank der fortwährenden Minierarbeit der Herren Unternehmer. Sie wollen den Frieden nicht; ist es nicht der Lohntarif, so ist es die Akkordarbeit oder sonst etwas, was ihren Zorn entfacht und sie veranlaßt, „ihren" Arbeitern immerwährende Scherereien zu bereiten. Hört man sie natürlich selbst reden, dann sind es die Hetzer und Aufwiegler, die den guten Unternehmern es nicht gönnen, wenn sie mit ihren Arbeitern in Frieden und Eintracht leben. So soll die Aeußerung mit Bezug auf den Genossen **Emmer** gefallen sein: Wie sich nur die Maurer von einem halbseidenen Kneiper an der Nase herumführen lassen können? Diese von recht wenig Anstand und noch weniger Bildung zeugende Bemerkung läßt erkennen, daß man auch hier, genau wie beim Bergarbeiterstreik, alle Schuld den Arbeiterführern zumißt. Aber damit hat man kein Glück. Die Arbeiterschaft ist nicht mehr so dumm, um sich von den Unternehmern irgend ein Schreckgespenst vormalen zu lassen und in das Horn der Unternehmer zu blasen, um nur ja nicht den Sirenengesängen der Hetzer und Aufwiegler zu lauschen.

Aber noch auf einem anderen Bau ruht die Arbeit und zwar auf dem Eisenbahn-Betriebsamt. Hier wurde bisher der Arbeiter, der den Kalk zu transportieren hatte, vom Unternehmer bezahlt. Nun sollten ihn auf einmal die Bauarbeiter von ihrem Lohne mit besolden. Natürlich wiesen diese die durch nichts begründete Anforderung zurück. Da die Bauleitung darauf beharrte, legten die Bauarbeiter, ca. 25 an der Zahl, die Arbeit nieder. Die Maurer erklärten sich mit ihnen solidarisch und so ruht denn auch hier alle Thätigkeit. Im ganzen kommen auf beiden Bauten **200** Maurer und **50** Bauarbeiter in Betracht, wovon auf dem Kasernenbau beschäftigt sind ca. 70 Maurer. So sind auch bei dem jetzigen Konflikt die Unternehmer diejenigen, welche den Kampf heraufbeschworen haben. Die Bauarbeiter werden den ihnen hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen und die Bauunternehmer mögen sich ja nicht der Hoffnung hingeben, als biete ihnen die jetzige Zeit Gelegenheit, sich der unbequemen Maurer und Bauarbeiter zu entledigen und dafür andere anzustellen. Die Solidarität der beiden Berufsgruppen an sich giebt nicht nur die Garantie für ein einheitliches Handeln, es wird sich auch jeder Maurer und jeder Bauarbeiter hüten, den Ausständigen in den Rücken zu fallen. Alle früheren Ausstände haben bewiesen, daß nur selten einheimische Berufsangehörige sich zu Arbeitswilligen hergaben. Das wird auch jetzt der Fall sein trotz der für das Baugewerbe etwas ungünstigen Zeit. Am Mittwoch haben die Maurer Versammlung im Konzerthaus, die Bauarbeiter tagen bei Faulmann. Vielleicht bereuen es die Unternehmer nur zu bald, wieder einmal einen Streik vom Zaune gebrochen zu haben, bei dem das Recht in keinem Fall auf ihrer Seite steht.

* **Gleichfalls die Arbeit niedergelegt** haben die Arbeiter der Gasanstalt I. Es handelt sich um die Entlassung des Arbeiters Müller. Dieser war bisher als Oberfeuermann thätig. Am Montag früh kamen zwei Arbeiter zu spät und sollten deshalb eine andere Arbeit verrichten, die geringer bezahlt wird. Die anderen Kollegen traten für sie ein und Müller erklärte dem Gasmeister Hahn, daß sie ebenfalls die Arbeit niederlegen würden, wenn diese zwei zu spät gekommenen Kollegen nicht wieder ihre alte Arbeit bekämen, zumal es alte Leute sind, die man so treten wolle. Hahn entgegnete darauf, daß er dazu den Auftrag erhalten habe, und wem es nicht passe, der könne nach Hause gehen. Es legten alsdann 7 Mann die Arbeit nieder. Gestern nachmittag sprach nun eine Kommission beim Direktor Schreyer vor. Dieser erklärte, daß Maßregelungen nicht vorgenommen und auch die zwei Zuspätgekommenen ihre frühere Arbeit wieder bekommen sollten. Die Kommission fragte dann zugleich wegen event. Lohnerhöhung an, worauf Direktor Schreyer ihnen eine solche von 3 Pfg. pro Stunde zusicherte. Soweit war nun alles gut. Als jedoch heute, Dienstag, morgen die sieben Mann zur Arbeit antraten, wurde dem Oberfeuermann Müller erklärt: „Sie können zwar weiter arbeiten, aber nicht mehr als Oberfeuermann, da Sie schon nach oben schwarz angeschrieben sind. Und was Sie sind, das wissen Sie wohl allein." Müller verzichtete darauf, in der Gasanstalt unter diesen Umständen noch weiter zu arbeiten. Zugleich legten auch noch 6 seiner Kollegen die Arbeit nieder. Nur zwei machten nicht mit; einer davon gehörte merkwürdigerweise der Kommission an, die gestern mit Herrn Direktor Schreyer unterhandelte. So ist also das schöne Versprechen, das Herr Schreyer gab, nicht eingehalten worden, denn sonst hätte man auf keinen Fall den Oberfeuermann von seinem Posten entfernen dürfen. Die städtische Verwaltung aber wird gut thun, der Sache auf den Grund zu gehen und die Wiedereinstellung der Ausständigen zu veranlassen, sonst könnte möglicherweise dies nicht die einzige Arbeitseinstellung sein, die in städtischen Betrieben zu verzeichnen ist.

* **Vom Magistrat gemaßregelt** wurde bekanntlich Genosse Cichoszewski. Er hat mit unermüdlicher Hingabe und bemerkenswertem Geschick die hiesige Filiale vom Verbande der Gemeindearbeiter ins Leben gerufen und zu gedeihlicher Entwickelung gebracht; dadurch aber den Zorn derjenigen „Gemeindearbeiter" erweckt, die als städtische Beamte von den Steuern aller Gemeindeglieder, auch der sozialdemokratischen, besoldet werden. Eine Beschwerde unserer im Stadtverordneten-Kollegium sitzenden Parteifreunde wurde, wie in Erinnerung ist, vom Magistrat und den Stadtverordneten mit kaltem Hohne abgewiesen. Es wäre ja auch noch schöner, wenn die städtischen Arbeiter gleichfalls von dem ihnen gesetzlich zustehenden Staatsbürgerrechte der gewerkschaftlichen Organisation Gebrauch machen wollten! Bei 2 M. bis 2.50 M. Tagelohn ist die Lage der städtischen Arbeiter so glänzend, daß nur unverschämte Begehrlichkeit mehr verlangen kann. Und außerdem: Wo sollen die 4000 M. zu Festschmäusen und anderen aus dem Gemeindesäckel bezahlten Lustbarkeiten herkommen, wenn den Löhnen der Gemeindearbeiter die von diesen gewünschte Erhöhung zu teil würde? Also flottweg eine weitere Erörterung der Angelegenheit abgelehnt; vielleicht wirkt die Maßregelung ihres Kameraden auch „erzieherisch" auf die andern Gemeindearbeiter, so daß sie dem Verbande fernbleiben aus Furcht, es könne ihnen etwas Aehnliches passieren. — So mögen die unausgesprochenen Gedanken unserer Stadtväter erster und zweiter Güte gelautet haben, als sie zur Interpellation unserer Genossen über die Maßregelung Cichoszewskis Stellung nahmen. Nun, ihre Wünsche betreffs der „erzieherischen" Wirkung der Maßregelung sind **nicht** in Erfüllung gegangen; der Verband der Gemeindearbeiter nimmt vielmehr beständig zu; dem Genossen Cichoszewski ist allerdings durch die Maßregelung schwerer Schaden zugefügt worden. Ueber die arbeitslose Zeit hat ihn die Unterstützung durch den Verband notdürftig hinweggeholfen. Jetzt hat Cichoszewski wieder seinen früheren Beruf als Schuhmacher ergriffen. Da sich seine Wohnung Schlosserstraße 16 part. links befindet, also in einem fast ausschließlich von Arbeitern bewohnten Viertel, bedarf es gewiß nur dieses Hinweises, um ihm thatkräftigen Beistand durch Ueberweisung von Arbeit zu sichern, damit seine Kraft dem begonnenen Werke erhalten bleibt. Auch bei dem Genossen **Neukauff** können Aufträge abgegeben werden.

* **Der Arbeiter und die Flotte** betitelt sich die Broschüre, welche die Arbeiter dem Aegirkultus geneigt machen soll und die seit zwei Wochen in $1\frac{1}{2}$ Millionen Exemplaren in Deutschland mit krampfhafter Hartnäckigkeit verbreitet worden ist. Etwas verspätet ist auch unsere Gegend damit heimgesucht worden. Die Broschüre verbreitet sich auf 55 Seiten über den Welthandel Deutschlands, zieht dem Arbeiter reichlich bestrichene Honigfäden durch den Mund, hütet sich aber wohlweislich davor, den Nachweis auch zu versuchen, daß die Entwickelung des deutschen Uebersee-Handels von einer Verstärkung der Kriegsflotte abhängig sei. Dafür arbeitet sie um so ergiebiger mit Wenn und Aber, von dem schon jener alte Abt zu St. Gallen richtig gesagt hat:

Der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht,
Hat sicher aus Häckerling Gold schon gemacht.

Wir empfehlen unsern Lesern dringend das aufmerksame Studium der Broschüre. Wer noch nicht Gegner des Flottenrummels ist, wird es durch die Lektüre werden, wenn anders er logisch denken kann.

* **Das Gewerkschaftskartell** wird diesmal ausnahmsweise seine Sitzung schon am **Donnerstag** abhalten, um über die Stellungnahme der **organisierten Arbeiterschaft zum Bergarbeiterstreik** Beschluß zu fassen. Da auch noch andere wichtige Beratungspunkte auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen aller Delegierten erforderlich. Die Sitzung beginnt pünktlich 1/2 9 Uhr, da das Kartell auch nach Richtung des pünktlichen Versammlungsbesuchs die Aufgabe hat, den Einzelgewerkschaften vorbildlich zu sein.

* **Zur Unfallversicherungsnovelle** hat der Berliner Arbeiter-Vertreter-Verein eine umfangreiche Petition eingereicht, die eine ganze Reihe dankenswerter Anregungen zum Wohle der Arbeiterschaft enthält. Der Verein richtet ein Schreiben an alle Gewerkschaften, Arbeiter-Vertreter-Vereine, Krankenkassen-Vereinigungen und ähnliche Korporationen Deutschlands, in welchem er auffordert, möglichst sofort eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um so seine Petition zu unterstützen.

* **Die Stadtverordnetensitzung** verwies gestern, wie vorauszusehen war, die Magistratsvorlage, betr. die Immobilien-Umsatzsteuer, an eine Kommission, aus der sie nicht so bald wieder herauskommen wird. — In der geschlossenen Sitzung wurde ein Kapital, das für ein Erbbegräbnis bestimmt war, wieder zurückgegeben, da der Antragsteller in mißliche Verhältnisse geraten. Das Erbbegräbnis sollte 600 Mk. kosten. Ueber den Ankauf des Grunebergschen Geländes zwischen Dessauerstraße und der Eisenbahn beschloß man Geheimhaltung, um nicht Spekulationszwecken Vorschub zu leisten. Dem Maschinenmeister Kreuz vom städtischen Schlacht- und Viehhof bewilligte man, da er nicht pensionsberechtigt und jedenfalls auch nicht wieder arbeitsfähig wird, 750 Mk. jährliche Unterstützung. Als stellvertretender Schiedsmann für den 4. Bezirk wurde der Kaufmann Moritz Helmboldt gewählt.

* **Zur Rebellion** gegen den Leiter des hiesigen Stadttheaters, Herrn Richards, ruft in einem gleichlautenden Eingesandt der Halleschen Zeitung und des General-Anzeigers ein Herr Boysen, Oberst z. D., das hiesige Publikum auf. Seine Einsendung hat folgenden Wortlaut:

Zur halleschen Theaterfrage.

Gegenüber einem Bühnenleiter, der — man könnte vielleicht sagen — nicht ohne eine gewisse Unverfrorenheit dem Publikum einzelne Darstellungen bot, die von dem letzteren energischer hätten abgelehnt werden sollen, und dessen Geschäftsführung wohl kaum eine vornehme genannt werden konnte, halte ich es für eine Pflicht, aus der im allgemeinen gebotenen Zurückhaltung herauszutreten und offen den Wunsch auszusprechen, daß möglichst bald ein neuer Direktor für das hiesige schöne Theater gewonnen werden möge.

Im besonderen sei an den so tüchtigen und strebsamen Direktor Mauthner sowie an den begabten Direktor Rahn als Ersatzmänner erinnert.

Unbeschadet des oben Gesagten soll aber ausdrücklich anerkannt werden, daß unter dem Personal des Stadttheaters sich sehr begabte Persönlichkeiten befinden, und ebenso, daß die hiesige Presse die gerügten Uebelstände nicht übersehen hat. Aber auch im größeren Publikum muß ein Pulsschlag für das Theater zu fühlen sein. Möchten diese wenigen Zeilen, zu denen ich mich nur ungern entschlossen habe, eine nutzbringende Anregung bieten.

Boysen, Oberst z. D.

Wir können augenblicklich nicht feststellen, ob der Pachtvertrag des Herrn Direktor Richards mit dieser Spielsaison abläuft. Es scheint dies aber der Fall, denn die obige Einsendung nimmt sich ganz so aus, als sollte damit das Gefecht begonnen werden, das bei derartigen Gelegenheiten, häufig aus lauteren, noch häufiger aus unlauteren Motiven sich entspinnt. Herr Richards hat zweifellos während seiner hiesigen Thätigkeit und besonders auf dem Gebiete des Schauspiels arg gesündigt. Aber es wäre Pflicht des Theaterpublikums gewesen, von vornherein seine Stimme zu erheben und dem Herrn Richards ein: Bis hierher und nicht weiter! entgegenzurufen. Wir haben als erste wiederholt die fast beispiellose Vernachlässigung des guten Schauspiels gebührend kritisiert und die Entwickelung, die unser Stadttheater in dem letzten halben Jahre genommen hat, als einer Stadt von der Größe und Bedeutung Halles für unwürdig bezeichnet. Wir fanden in der hiesigen bürgerlichen Presse nur schwachen, in dem bürgerlichen Publikum gar keinen Widerhall. Das hallesche Theaterpublikum schien sich im Gegenteil bei den Banalitäten und Nichtigkeiten, die ihm geboten wurden, sehr wohl zu fühlen. Es sollte uns recht sein, wenn Herr Richards durch einen Bühnenleiter ersetzt würde, der einige künstlerische Ideale hat; besonders würden wir uns freuen, wenn Herr Mauthner die Leitung der Stadtbühne erhielte. Wir wollen jedoch nicht unterlassen, unserer Befürchtung Ausdruck zu geben, daß die Art und Weise, wie in den Einsendungen für Herrn Mauthner Propaganda gemacht wird, nur zu geeignet ist, diesem Herrn die Chancen vollständig zu verderben, wenn er irgend welche haben sollte. Im übrigen haben wir nicht viel Lust, uns an dem Kesseltreiben gegen Herrn Richards zu beteiligen; jedes Theaterpublikum hat schließlich den Bühnenleiter, den es verdient.

* **Der Schriftsteller Franz Herzfeld** aus Berlin, der unter dem Pseudonym Franz Held mehrere gute soziale Romane veröffentlicht hat, ist nach einer Meldung aus Gries bei Bozen irrsinnig geworden. Er mußte in einer Irrenanstalt interniert werden. Unsern Lesern wird noch der von diesem unglücklichen Schriftsteller verfaßte Roman „Die Zurichterin" in Erinnerung sein, den wir im dritten Quartal 1897 zur Veröffentlichung gebracht haben.

* **Aus der Klinik entlassen** wurde dieser Tage der Landwirt Karl Gering aus Frommstedt, der aus Scherz in der Neujahrsnacht von einer aus dem Fenster sehenden Frau mit Schwefelsäure übergossen wurde und dadurch eine Verbrennung der Augen davontrug. Der junge Mann ließ sich in die hiesige Klinik aufnehmen. Jetzt sind die Verletzungen zwar geheilt, aber die Sehkraft ist verloren. Die beiden Augen sind vollständig blind. Die Betreffende, die ihren „Scherz" in so barbarischer Weise anbrachte, ist verhaftet worden.

* **Unfall.** In der Zuckerraffinerie am Bahnhof zog sich der Arbeiter Kroschinsky durch das Herabfallen eines Zuckerbrotes Verletzungen zu.

* **Gesperrt** sind wegen Vornahme von Kanalarbeiten für den Reit- und Fahrverkehr für die folgenden Tage die Straßen: Neunhäuser für den **27.** und **28.** cr., Zenkergasse, zwischen Brunoswarte und Alter Markt, für den **1.** und **2.** kft. Mts., Große Schloßgasse für den **3.** und **4.** kft. Mts., Martinstraße, zwischen Röserstraße und Martinstraße 13, für den **5.** und **6.** kft. Mts.

* **Der Unterricht in National-Oekonomie** im Arbeiterbildungsverein findet am Mittwoch abend wieder statt.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** In dem Gerh. Hauptmannschen Drama „Einsame Menschen" gastiert am Mittwoch der Hofschauspieler Herr Paul Wiecke vom Hoftheater in Dresden zum letztenmale. Der große Erfolg, den der beliebte Gast als Tasso und als Hamlet hatte, läßt auch eine künstlerische Leistung im modernen Drama mit Sicherheit erwarten und sei auf dieses letzte Gastspiel des Künstlers ganz besonders hingewiesen. Die Vorstellung ist außer Farben-Abonnement. — Für Donnerstag ist eine Wiederholung der „Puppe" angesetzt.

Das Original-Schlierseer Bauerntheater, welches demnächst einen kurzen Gastspiel-Zyklus am hiesigen Stadttheater eröffnet, führt sich schon vor seinem Eintreffen echt künstlerisch mit einem sehr sehenswerten Plakat ein. Kein Geringerer, als der weit über München hinaus berühmte königl. Professor Grützner, hat den „Schlierseern" anläßlich der Festfeier ihres zweitausendsten Gastspieles ein humor- und lebensvolles Bild zur freien Benutzung als Plakatvorlage gestiftet. Und mit diesem Kunstblatt laden die „Schlierseer" zu ihren Vorstellungen ein, die unser kunstsinniges Publikum sicher zahlreich besuchen wird.

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Wir wollen nicht verfehlen, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß heute, Mittwoch, den 28., das Benefiz für Herrn Dr. Heinz Senger stattfindet. Der Benefiziant wird die Titelrolle in Mosers „Veilchenfresser" spielen. — Morgen, Donnerstag, den 1. März, wird Emil Meßthalers „Theater der Modernen" seinen Gastspielzyklus mit Halbes 3aktigem Liebesdrama „Jugend" eröffnen.

Giebichenstein. Die Ergänzungswahlen zum Gemeinderate werden aller Voraussicht nach nicht mehr stattfinden, da die Eingemeindung bestimmt für den 1. April bevorsteht. Dasselbe Schicksal erleiden die angekündigten Ergänzungswahlen in Trotha und Kröllwitz. Am 23. März kommt die Eingemeindungsangelegenheit im Abgeordnetenhause, am 26. März im Herrenhause zur Verhandlung und dann kann die Eingemeindung vor sich gehen, da jedenfalls Erinnerungen gegen die Einverleibung seitens der beiden Häuser nicht gemacht werden.

Giebichenstein. Die Anmeldung neuer Schüler findet am

Donnerstag, den 1. März d. Js., von 8 bis 1 Uhr

statt und zwar 1. für die I. Bürgerschule im Schulhause 5 Friedenstraße 34, 2. für die II. Bürgerschule:
a) Knaben im Schulhause VI, Brunnenstr. 6,
b) Mädchen „ „ IV, Brunnenstr. 5.
Schulpflichtig sind vom 1. April ab alle Kinder, welche bis zum 30. September d. Js. das 6. Lebensjahr vollenden. Bei der Anmeldung sind Geburts- und Impfschein vorzulegen.

Giebichenstein. Bei einem Streit mit seinem Arbeitskameraden wurde der 16jährige Arbeiter Müller auf dem Nachhausewege von der Thongrube Sennewitz, woselbst die beiden arbeiten, so verletzt, daß ein Schädelbruch und erhebliche Wunden am Kopf und im Gesicht konstatiert wurden. Müller wird schwerlich mit dem Leben davonkommen.

Eisleben. Zum Kaiserbesuch teilt das Tageblatt mit, daß über die Feier selbst noch keine Bestimmungen getroffen; es sei auch noch nichts Sicheres über die Hierherkunft des Kaisers bekannt. Im Juni dieses Jahres sind 700 Jahre seit dem Bestehen des Mansfelder Bergbaues verflossen.

An die Maurer und Bauarbeiter von Halle und Umgegend.

Da man den Maurern auf dem Kasernenbau zumutete Akkordarbeit zu verrichten und diese sich dessen weigerten, haben zirka 70 Maurer ihre Entlassung erhalten. Die Bauarbeiter erklärten sich mit ihnen solidarisch und so ist der Bau von den Bauarbeitern verlassen worden.

Auf dem Bau des Eisenbahnbetriebsamtes haben zirka 25 Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil sie den Arbeiter bezahlen sollten, der den Kalk transportiert. Bisher hatte es der Unternehmer gethan, ohne sich dagegen aufzulehnen. Hier erklärten sich die Maurer mit den Bauarbeitern solidarisch und so ruht auch hier die Arbeit vollständig.

Die Lohnkommissionen beider Berufe sehen sich deshalb genötigt über die zwei Baue die Sperre zu verhängen. Es wird erwartet, daß sich die Kameraden streng danach richten.

Die Lohnkommission der Maurer und die Lohnkommission der Bauarbeiter.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 24. Februar.

Aufgeboten: Der Schmied Schroeter und Anna Witting (Thorstraße 22 und Giebichenstein). Der Kaufmann Theunert und Melanie Martin (Halle a. S. und Dresden). Der Lehrer Döring und Lina Schurig (Halle a. S. und Waldkater). Der Eisendreher Kahnt und Anna Amelang (Giebichenstein).

Eheschließungen: Der Fabrikarbeiter Piesolt und Anna Eder (Ammendorf und Schmeerstraße 12). Der Buchhändler Hofstetter und Elisabeth Kuhlow (Alte Promenade 6 und Jägerplatz 15). Der Schlosser Becker und Ottilie Eckelmann (Wörmlitzerstraße 95 und Steinweg 52). Der Maler Wurziger und Jenny Schwarz (Kleine Brauhausstraße 12 und Spitze 3). Der Steuer-Kontrolleur a. D. Banse und Rosine Fande (Landsberg und Große Steinstraße 39). Der Handelsmann Schneider und Franziska Senf (Mittelstraße 7). Der Molkereipächter Lehmann und Marie Petzold (Georgstr. 13 und Friedrichstraße 16). Der Eisendreher Rothenhäuser und Emma Schweineberg (Am Kirchthor 26 und Schackenthal).

Geboren: Dem Ingenieur Fuchs eine T. (Anhalterstraße 9c). Dem Maurer Wackernagel eine T. (Merseburgerstraße 42). Dem Former Stanislav ein S. (Thorstraße 31). Dem Fabrikarbeiter Büttner eine T. (Mühlweg 29). Dem Polizei-Sergeanten Pittwald eine T. (Kleine Ulrichstraße 26). Dem Gelbgießer Ziegler eine T. (Jakobstraße 17). Dem Kaufmann Dietlein eine T. (Dryanderstraße 20). Dem Schlosser Drosihn ein S. (Zwingerstraße 9). Dem Schlosser Wölbing ein S. (Leipzigerstraße 18). Dem Maurer Künstling ein S. (Langestraße 26).

Gestorben: Der Fabrikarbeiter Haftenberger. 42 J. (Klinik). Des Schlosser Gänsrich T., 2 W. (Lerchenfeldstraße 6). Der Gastwirt Barth, 44 J. (Bergmannstrost). Die Witwe Friederike Rabe geb. Pabst 90 J. (Jägerplatz 28). Des Schuhmacher Nyelt S., 1 J. (Franckestraße 18). Des Rentner Hummel Ehefrau Friederike geb. Kohl, 71 J. (Schwetschkestraße 1). Des Maler Altmann S., 10 M. (Jakobstraße 23). Des Schlosser Aehle T., 7 M. (Liebenauerstraße 175). Des Schlosser Johne S., 3 J. (Thomasiusstraße 36). Die Witwe Laura Bodenburg geb. Zerche, 76 J. (Am Kirchthor 26). Des Oberarzt Dr. Gräßner Ehefrau Hedwig geb. Lohse, 24 J. (Klinik).

Giebichenstein, vom 21. bis 23. Februar.

Aufgeboten: Der Sergeant und etatsm. Schreiber beim Bezirks-Kommando Zorn und M. Neumann (Halle und Reilstraße 3). Der Schriftsetzer Ruß und M. Hertel (Adolfstraße 9 und Große Breitenstraße 5a).

Geboren: Dem Maurer Raith ein S. (Große Breitenstraße 1). Dem Fabrikarbeiter Teschner eine T. (Triftstraße 47). Dem Handarbeiter Mehlhose ein S. (Trothaerstraße 27). Dem Bahnarbeiter Berkes ein S. (Große Brunnenstraße 1). Dem Hilfsbremser Haase ein S. (Auguststraße 64). Dem Fabrikarbeiter Schaaf ein S. (Große Brunnenstraße 40). Dem Kaufmann Seifert eine T. (Reilstraße 27). Eine unehel. T. (Fährstr. 10). Dem Bureaugehilfen Köppe ein S. (Zietenstr. 34).

Gestorben: Des Handarbeiter Hartmann S., 2 J. (Große Brunnenstraße 39). Des Handarbeiter Franke T., 2 M. (Eichendorffstraße 17). Der Eisendreher Schönemann, 25 J. (Große Gosenstraße 8). F. G. Gießler, 1 J. (Trothaerstraße 24a).

Pflicht jedes denkenden Arbeiters ist es, seiner gewerkschaftlichen Organisation beizutreten und Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu werden.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000228-14/fragment/page=0003

Achtung, Maurer!

Mittwoch den 28. Februar abends 8 Uhr im Konzerthaus, Karlstraße,

große öffentl. Versammlung der Maurer

von Halle und Umgegend.

Tagesordnung:

Die Differenzen auf dem Kasernenneubau und dem Betriebsdirektionsgebäude.

Alle Maurer werden ersucht, zu erscheinen.

Die Lohnkommission der Maurer von Halle und Umgegend.
J. A.: Fr. Emmer.

Achtung, Bau- und Erdarbeiter

von Halle und Umgegend.

Mittwoch den 28. Februar abends 8 Uhr in Faulmanns Lokal, Gartenstr.

große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Die Differenzen auf dem Kasernenneubau und dem Betriebsdirektionsgebäude.

Pflicht aller Bau- und Erdarbeiter ist es, zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Weissenfels.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr, in der „Zentralhalle"

öffentliche Schuhmacherversammlung.

Tagesordnung: Die Lohnbewegung in den Schuhfabriken von Hitzschke, Bergmann und Fischner.

Um das Vorgehen der Fabrikanten der Oeffentlichkeit gegenüber richtig zu würdigen, ist es notwendig, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen pünktlich erscheinen. Der Einberufer.

Dölau.

Mittwoch den 28. Februar nachmittags 2 Uhr im Gasthof zur Dölauer Heide,

öffentl. Berg- u. Hüttenarbeiterversammlung

Tagesordnung: 1. Der Streik der Bergarbeiter. 2. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Die Beerdigung unseres Mitgliedes, des Zimmerers Lehrmann findet morgen, Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Giebichensteiner Friedhofes statt. Wir ersuchen die Mitglieder, sich zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung
des Zentral-Verbandes der Zimmerer.

Konkursmassen-Ausverkauf

Gr. Ulrichstraße 41.

Zum Ausverkauf kommen:

Posamenten und Kurzwaren,

Besätze, Knöpfe, Bänder, Spitzen, Korsetts, Futterstoffe, Handschuhe, Strümpfe, Schirme, Artikel zur Damenschneiderei, Markttaschen,

Herrenschneiderei-Artikel.

Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr.

Achtung! für Brautleute!

für nur 170 Mark

eine vollständig gediegene

Wohnungs-Einrichtung,

bestehend aus: Kleiderschrank, Vertikow, Pfeilerschrank, Pfeilerspiegel, Stegtisch, 4 Rohrstühle, eleg. Sofa, breite Bettstelle, Küchenschrank, Küchentisch u. Stuhl 2c.

Alles nur 170 M.

S. Rosenberg, Kl. Ulrichstr. 18a, 1. Etage.

Gekaufte Möbel können bis Ostern frei lagern.

Brachtv. neuer Kinderwagen	20 M.
Hocheleg. neue Nähmaschine	48 „
Prachtvolle Federbetten	15 „
Neue elegante Bettstellen	10 „

Außergewöhnlich spottbillig!

S. Rosenberg, Kl. Ulrichstr. 18a, 1. Etage.

Gekauft

werden stets Möbel jed. Art, Laden-, Kontor- und Restaurationseinrichtungen, Geldschränke, Pianinos 2c.
Friedrich Pelleke, Geiststr. 25.

Verzinktes Drahtgeflecht
in allen Größen empfiehlt
Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

Badeanstalt von E. Laue,
Weißenfels, Promenade 19.
Wannenbäder, Dampfbäder, Kurbäder und Massage.

Sofa
sehr billig zu verkaufen
Lessingstraße 36.

Nietleben.

Sonnabend den 3. März 1900 abends 7½ Uhr im Cluß'schen Lokal

grosse Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Gemeinderatswahl. Referent: Reichstagsabgeordneter **A. Albrecht.** 2. Eventuelle Aufstellung eines Kandidaten. 3. Was lehrt uns der Bergarbeiterstreik? 4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Einberufer.

Schkeuditz.

Donnerstag den 1. März abends 8 Uhr in Müllers Saal

Allgemeine Gewerkschaftsversammlung

Tagesordnung: Der Reichstag in sozialpolitischer Bedeutung.

Referent: Redakteur **W. Swienty,** Halle. Diskussion. Verschiedenes.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.

Das Gewerkschaftskartell.

Gewerkschaftskartell Halle a. S.

Donnerstag, den 1. März, abends ½9 Uhr, im „Händelpark"

Sitzung.

Tages-Ordnung:
1. Die organisierte Arbeiterschaft und der Bergarbeiterstreik.
2. Neuregelung der Beiträge und Delegierungen.
3. Abhaltung einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung
4. Lokalfrage.
5. Gemeinsamer Schriftenbezug durch alle Gewerkschaften.
6. Maifeier.
7. Antrag der Gewerbegerichtsbeisitzer.
8. Eingänge, Mitteilungen, Anträge.

Der Vorstand.

Wegen des Bergarbeiterstreikes, der eine sofortige Stellungnahme aller organisierten Arbeiter erforderlich macht, ist die Sitzung diesmal auf einstimmigen Beschluß des Gesamtvorstandes auf Donnerstag verlegt worden. Die Sitzung beginnt wieder pünktlich ½9 Uhr.

Frankfurter Transport-, Unfall- u. Glasversicherungs-Aktien-Gesellsch.

Frankfurt a. M.

Abteilung für Versicherung gegen Einbruchsdiebstahl.

Generalagentur Halle a. S.

Hugo Schulze, Neue Promenade 3,

hält sich zu Abschlüssen für Versicherung gegen Einbruchsdiebstahl bestens empfohlen. Prämiensatz mäßig. Garantiekapital 9 Millionen Reichsmark. Zu mündlicher Auskunft jederzeit gern zu Diensten.

Neu! Transferier-Automat,
das Neueste des 19. Jahrhundert, zu besichtigen.
Brands Restaurant, Mittelstraße 7.

En gros. **En detail.**

Glas und Steingut

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Glas.

Wassergläser 5, 7, 8 Pf.
Liqueurgläser 5, 8, 10 Pf.
Wasserflaschen 20, 25, 35, 45 Pf.
Sturzflaschen 18, 23, 28, 35, 45 Pf.
Weingläser 9, 13, 17 bis 75 Pf.
Bierbecher mit Goldrand 8 Pf.
Butterdosen 23 Pf.
Käseglocken mit Teller 38 Pf.
Zuckerschalen 8, 15, 20 bis 90 Pf.
Milchflaschen 7 Pf.
Zitronenpressen 25 Pf.
Kompotteller 6, 9, 15 Pf.
Kompotschüsseln 6, 9, 18—45 Pf.
Konditorpokale 45, 50, 65 Pf.
Fischgläser 23 Pf.
Grätzergläser, Gosenstangen, Weißbierpokale,
Seidel ¼, 0,3, 0,4 Liter. u. s. w. in größter Auswahl.

Steingut.

Teller, weiß und Zwiebelmuster, 5, 6, 7, 8, 10, 12 Pf.
Tassen, weiß, Paar 8 Pf.
Vorratstonnen, Zwiebelmuster u. und bunt, von 25 Pf.
Gewürzetageren mit Tönnchen, komplett, 85, 95, Pf., 1.15—3.75 M.
Essig- u. Oelflaschen v. 15 Pf. an.
Salz- und Mehlmetzen, Zwiebelmuster 42 Pf.
Schneidebretter 23, 28, 35, 45 Pf.
Milchtöpfe, weiß und bunt, 5 u. 10 Pf.
Milchtöpfe, Satz à 6 Stück in weiß, Zwiebelmuster u. bunt, 95 Pf., 1.25, 1.60 bis 2.45 M.
Salatieren, Satz à 6 Stück weiß, 85 Pf., Zwiebelmuster 1.15 M.
Waschservice in größter Auswahl 1.35, 1.65, 2.25, 2.75, 3.50, 4.25, 5—25 M.
Waschbecken, weiß und bunt, 30, 35, 40, 65, 95 Pf.
Waschkannen, weiß und bunt, 45, 60, 85, 95 Pf.
Bratenschüsseln, weiß u. Zwiebelmuster, 15, 20, 25, 30, 35, 45, 50 Pf.
Kaffeekannen, Blumentöpfe, Eimer, Nachtgeschirre, Stechbecken, Heringskasten u. s. w. in größter Auswahl.

Versand nach außerhalb unter Garantie für Bruchfreiheit.
Wiederverkäufer erhalten besondere Vorzugspreise.

Heinr. Jacoby, Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 16.

Magazin für Haus- und Küchengeräte, Luxuswaren, Lampen, Glas-, Porzellan-, Steingut-, Emaille-, Bürsten- und Holzwaren.

En gros. **En detail.**

Am 1. März d. J.

findet die

Eröffnung

von

Werner's Schuh-Magazin

statt.

Der Verkauf der Waren geschieht zu verhältnismässig billigen Preisen.

Aug. Theodor Werner.

55 Gr. Ulrichstr. 55.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000228-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 49 — Halle a. S., Mittwoch den 28. Februar 1900. — 11. Jahrg.

Regierung, Abgeordnetenhaus und Gemeindewahlrecht.

Im Dreiklassenhause, der zweiten Abteilung der preußischen angeblichen „Volksvertretung", war kürzlich einmal wieder 'was los. Es wurde nämlich die erste Lesung des Gesetzes betr. die sogen. „Reform" des Gemeindewahlrechts vorgenommen. Eine derartige Flickarbeit kann eben nur in Preußen-Deutschland als „Reform" ausgeboten werden. An dem „Prinzip" der Teilung der Wähler nach dem Umfange ihres Geldbeutels in drei Klassen mit einer gleichen Anzahl Stadtverordneter hält die neue Vorlage durchaus fest. Ferner schließt sie von vornherein auch von den homöopathischen Wohlthaten dieser Reform alle Gemeinden unter 10 000 Einwohnern, d. h. so gut wie alle Landgemeinden und die große Mehrzahl der Kleinstädte aus, mit der famosen Begründung, daß in diesen kleineren und kleinen Gemeinwesen die „plutokratische Verschiebung" nicht irgendwie unangenehm sich fühlbar und bemerkbar gemacht habe. Exzellenz Rheinbaben scheint also von der Beherrschung vieler, namentlich westfälischer Kleinstädte durch einzelne Familien nichts gehört zu haben, was ja auch weiter nicht verwunderlich ist bei einem Manne, der ein so großes Quantum seiner kostbaren Zeit auf das Studium des bedrohlichen Anwachsens der Sozialdemokratie verwenden muß.

Die also in ihrer Ausdehnung und Anwendung beschränkte Reform besteht nun im wesentlichen aus folgendem: An die Stelle der Drittelung tritt die „Zwölftelung", d. h. die Klassen werden derartig gebildet, daß auf die erste 1/12, auf die zweite 5/12 und auf die dritte 3/12 des Steuerbetrages fallen. An die Stelle dieses Verfahrens kann nun aber auch ein anderes treten, das sogen. „Durchschnittsverfahren", d. h. der Gesamtsteuerertrag der betr. Gemeinde wird durch die Zahl der Steuerzahler dividiert und alle die Wähler, die über dem so herausgerechneten Durchschnitt Steuerleistungen zu zahlen haben, werden der ersten bezw. zweiten Klasse zugeschrieben. Um nun aber zu verhindern, daß durch dieses zweite Verfahren eine „allzu weitgehende Demokratisierung" der Gemeinden eintritt, wird noch eine weitere Möglichkeit der „Modifikation" geboten: die Gemeinden können „ortsstatutarisch" an die Stelle des einfachen den anderthalbfachen Durchschnitt setzen, d. h. also die Durchschnittssteuersumme, die nötig ist, um aus der dritten in die zweite Klasse zu kommen, um 50 Proz. erhöhen. Die Entscheidung der Städte, d. h. ihrer Geldsackvertretungen — über die Auswahl, die sie unter diesen verschiedenen Wahläpfeln treffen wollen, kann übrigens nicht zur beliebigen Zeit, sondern nur in bestimmten, ziemlich weit gesteckten Zeiträumen stattfinden. Man will auf diese Weise verhindern, daß „fortdauernde Kämpfe" in den Gemeinden toben; bekanntlich ist nach Ansicht der preußischen Bureaukratie Ruhe die erste Bürgerpflicht.

Diesen Vorwurf nun zu verteidigen, war die Aufgabe, deren sich der schöngescheitelte Herr v. Rheinbaben kürzlich im Abgeordnetenhause zu unterziehen hatte. Im Abgeordnetenhause — nicht im Reichstage. Im Hause am Königsplatze wäre der Oberpolizeigewaltige sicher geschundener denn Marsyas aus dem Redekampfe hervorgegangen; im Hause an der Prinz Albrecht-Straße trafen seine Ausführung so ziemlich den Ton, der in dieser Junkerversammlung herrscht.

Vom Gesetzentwurfe sprach der Nachfolger Köllers und Reckes sehr wenig; um so mehr sprach er von der Sozialdemokratie und der Notwendigkeit, sie zu bekämpfen: mit köstlicher Offenherzigkeit, die an des jetzigen nordelbischen Oberpräsidenten Naturburschentorn erinnert, gestand er ein, daß die Vorlage gerade unter diesem Gesichtspunkte zurechtgezimmert und auf diesen Zweck zugeschnitten sei. Was er sonst noch vorbrachte, waren Ladenhüter, abgelagerter als die ältesten Havannas, aber nicht so schmackhaft, die bekannten Redewendungen von „Verführern und Verführten", von „Hetzern" usw., die abgetriebensten Paradegäule aus dem königlich saarabischen Marstall, die abgedroschensten Schlagworte, freilich längst noch gut genug, um wenigstens ein paar Landräten von der äußersten Rechten den obligaten Beifall zu entlocken.

Der Nationalliberale Dr. Schnitzler nörgelte ehren- und schandenhalber ein wenig an der Vorlage herum; doch dürfte der Zentrumsredner Dr. Bachem recht haben, wenn er meinte, daß innerlich die Herren Nationalliberalen durchaus zufrieden sind mit dem Entwurfe, der ihrer Partei die Herrschaft über die reichen Kommunen Rheinlands und Westfalens gegen ein paar winzige Einbußen sichert. Eben aus diesem Grunde ist das Zentrum gegen den Entwurf; was seine Redner sonst noch über die Benachteiligung der unteren Klassen und namentlich des vielgeliebten Mittelstandes vorbrachten, ist zwar richtig, aber doch wesentlich nur Verbrämung. Bekenntnisse einer schönen Junkerseele gab der konservative Abgeordnete v. d. Hendebrand zum Besten: er erklärte es für einen entsetzlichen Gedanken, daß besitzlose Habenichtse mit den Herren von Besitz — und Bildung, fügte er aus alter Gewohnheit hinzu — gleichberechtigt sein sollten. Ungefähr in demselben Sinne äußerte sich der frühere Stummsche Honorarbezieher v. Zedlitz: als leitendes Prinzip stellte er auf, daß der Mittelstand in der zweiten und dritten Klasse herrschen müsse. Selbstredend erteilten beide konservative Herren dem von Minister proklamierten Kampfe gegen die Sozialdemokratie ihren Segen. Der linksfreisinnige Wintermeyer verteidigte in verschämter Weise die von dem Minister angegriffene Thätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und wandte sich gegen die Vorlage; doch war Defensive wie Offensive schwach, wagte er doch nicht, das gleiche Wahlrecht zu fordern, sondern begnügte sich mit dem Verlangen nach geheimer Wahl; etwas kräftiger äußerte sich Wintermeyers Parteigenosse Kreitling. Der rechtsfreisinnige Vertreter von Danzig, Ehlers, tadelte vor allem die in der Vorlage vorgesehene Möglichkeit, die Durchschnittszahl zu erhöhen; im übrigen meinte er mit Recht, es handle sich wesentlich um die Frage, ob der Kuhhandel zwischen Konservativen und Nationalliberalen geschlossen wird. Nachdem noch die unvermeidliche Kulturpauke zwischen den Nationalliberalen v. Eynern und v. d. Borght auf der einen und dem Zentrumsabgeordneten Fuchs auf der anderen Seite stattgefunden, und der Konservative Herr Irmer sich als feurigen Anhänger des Dreiklassensystems bekannt hatte, wurde die Vorlage an eine 21gliedrige Kommission verwiesen. Nun wohlauf zum frisch-fromm-fröhlich-freien Kuhhandel, bei dem das Proletariat die Kosten tragen soll.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 27. Februar 1900.

Zur Annektierung fremden Landes fordert das von der Firma Breitkopf u. Härtel mit 1000 M. preisgekrönte Flottengedicht auf, in welchem es u. a. heißt:

Droben überm Nordseestrand
Schimmern Meereswellen,
Deutsches Meer war's einst genannt —
Hei, das waren Zeiten!
Heldenzeiten, hochgesinnt,
Kühner That beflissen —
Michel, horch, es pfeift der Wind,
Segel gilt's zu hissen!

Jawohl, Michel! „Horch" nur genau hin. Der Flotten-„Wind" pfeift sehr vernehmbar. Es gilt aber nicht Segel zu hissen, denn die zu bauenden Kriegsschiffe arbeiten sämtlich mit Dampfkraft, sondern Milliarden zu blechen.

Die Kriegsveteranen sind mit geringen Ausnahmen Gegner der Flottenvermehrung. Sie befürchten mit Recht, daß bei Bewilligung der Vorlage ihre Wünsche auf Verbesserung ihrer Lage gar keine Aussicht auf Erhörung mehr haben. Jetzt betragen die Monatspensionen:

Kategorie	I. Klasse (gänzlich erwerbsunfähig, fremder Wart und Pflege bedürftig)	II. Klasse (gänzlich erwerbsunfähig)	III. Klasse (größtenteils erwerbsunfähig)
Feldwebel . .	42 M.	33 M.	27 M.
Sergeant . .	36 „	27 „	21 „
Unteroffizier .	33	24 „	18 „
Gefreite u. Gemeine . . .	30 „	21 „	15 „

Flottenkoller und Staatsstreichpoesie. Unser Lübecker Parteiorgan teilt mit: Im Amtsblatt der Freien und Hansastadt Lübeck wird in überschwenglichen Worten den Lesern ein poetisches Opus empfohlen: „Dem Kaiser. 6 Zeitgedichte von Theodor Rehtwitsch." In diesem Machwerk findet sich nun unter anderen folgender Ruf an den Kaiser:

Und Du, o Herr, ein Hohenzollernenkel,
Ruhmvoller Ahnen kräftig Ebenbild,
Sei auch wie Sie zu handeln stets gewillt!
Laß Dich nicht hemmen durch Parteigeplänkel,
Ergreife fest die Reichswahlurn' am Henkel,
Zertrümm're sie, wenn's Deine Flotte gilt!

Die Verse sind zwar hundserbärmlich, aber der Inhalt ist um so vielsagender, und die Empfehlung im amtlichen Organ noch mehr. Die „Reichswahlurne zertrümmern" das heißt also: durch einen Staatsbruch die Verfassung zertrümmern. Der Herr Rehtwitsch mutet also hier dem deutschen Kaiser ein politisches Verbrechen zu und das Amtsblatt empfiehlt das. Kann es eine schwerere Majestätsbeleidigung geben?

Ostasiatische Flottenwünsche. In dem zu Shanghai erscheinenden Ostasiatischen Lloyd ist ein Artikel erschienen, der so recht schlagend zeigt, daß die gegenwärtige Milliardenforderung für die Kriegsflotte kaum die nächsten Wünsche der nie zu befriedigenden Rüstungspolitik zu Wasser erfüllt. Der Ostasiatische Lloyd ist ein nüchternes Kaufmannsblatt, welches seit bereits 14 Jahren erscheint und es bisher immer sehr gut verstanden hat, den Wünschen des in Ostasien festgelegten Kapitals bei der Regierung Gehör zu verschaffen. Die „Flottenwünsche" des Blattes verdienen deshalb weiteste Beachtung. Den ostasiatischen Kapitalisten genügt die Tirpitz-Vorlage gar nicht, sie haben schon jetzt Forderungen, die weit über den Rahmen des vorliegenden Gesetzes hinausgehen. Und was verlangen sie durch ihr Sprachrohr, den Lloyd? Nachdem derselbe durch eine Zusammenstellung der Streitkräfte der Großmächte sich bemüht hat zu zeigen, daß die fünf geschützten Kreuzer Deutschlands in Ostasien nicht genügen, fährt er fort: „Die notwendige Stärke des deutschen Geschwaders ergiebt sich aus der obigen Zusammenstellung von selbst. 2 Linienschiffe, 3 Panzerkreuzer, 6 geschützte Kreuzer, 10 Hochsee-Torpedoboote ist das, was wir unter den augenblicklichen Verhältnissen hier in Ostasien brauchen." Hiermit sind jedoch die Wünsche des Lloyd nicht erschöpft, er fährt vielmehr fort: „Spätestens bis zum Jahre 1904 müssen wir hier draußen eine Flotte haben von **4** Linienschiffen, **3** Panzerkreuzern, **10** geschützten Kreuzern und **15** Hochsee-Torpedobooten. Dazu kommen lediglich für den Friedensdienst **5** bis **6** Kanonenboote vom Typ Iltis .... Daß wir, nachdem Chinkiung, Wuhu, Kiukiang, Hankou, Ichang, Chunking und ein Dutzend andere Städte am Yangtse in den Kreis der deutschen Schiffahrt gezogen sein werden, dem Beispiel Englands folgen und besondere ganz flach gehende Fluß-Kanonenboote haben müssen, ist so selbstverständlich, daß wir es nicht nochmals zu erwähnen brauchen .... Zum Schluß sei hier noch eines Punktes gedacht, der mit der Stärke der deutschen Flotte unmittelbar zusammenhängt: das ist die Befestigung der Kiautschoubucht. Ein unbefestigtes Kiautschou ist wertlos ... Mit der Anlage der Küstenbefestigungen darf nicht zu lange mehr gewartet werden. Sie müssen fertig sein, ehe sich die Eisenbahn- und Hafenbauten der Vollendung nähern."

Zum Schluß wird dann die ostasiatische Frage mit der der Südsee verknüpft und gesondert gefordert: „Um den Ansprüchen, die deutsche Besitzungen und Handelsinteressen in der Südsee an die Marine stellen, gerecht zu werden, bedarf es unseres Erachtens zweier geschützter Kreuzer sowie fünf bis sechs Kanonenbooten, Iltis-Typ, die sich im Falle eines Krieges mit dem ostasiatischen Geschwader zu vereinigen hätten."

Diese „ostasiatischen Flottenwünsche" geben uns ein ungefähres Bild davon, wie viele Hunderte Millionen uns der „Platz an der Sonne" noch kosten wird, wenn die Volksvertretung die gegenwärtige „Weltflotte" bewilligt und der Regierung Mut macht zu weiteren Forderungen für die Wasserpolitik.

Wie Herr Tirpitz wirtschaftet. Die Marineverwaltung hat in dem laufenden Jahr, wie das Reichsschatzamt der Budgetkommission mitgeteilt hat, die etatsmäßige Summe um nicht weniger als 6 223 000 M. überschritten, während die Militärverwaltung 2 018 000 M. Minderausgaben aufzuweisen hat. Irgend welche Gründe für diese Ueberschreitung des Etats seitens der Marineverwaltung sind nicht mitgeteilt worden. Diese horrende Ueberschreitung des Etats beweist, daß man in der Marineverwaltung überhaupt nicht mehr sich an die konstitutionellen Pflichten gebunden fühlt. Das Geld ist verpulvert und man stellt nun einfach an den Reichstag die Forderung, neue Milliarden zu bewilligen; dringt diese Forderung durch, dann werden freilich auch die neu bewilligten Milliarden nicht ausreichen.

Drei Anschläge. In der Universität zu Göttingen befinden sich zur Zeit drei Anschläge. Auf dem ersten werden die Studenten aufgefordert, sich dem Flottenverein anzuschließen und „die allein richtigen Pläne Sr. Majestät des Kaisers" zu unterstützen. Auf dem zweiten klagt der Rektor über die „Ueberhandnahme nächtlicher Ruhestörungen" seitens der Studenten. Auf dem dritten Anschlag bringt derselbe Rektor zur Kenntnis, daß aus Zelle vom dortigen Landesgerichtsdirektor bittere Klage geführt werde über die „groben Exzesse", die sich die zur Vorbereitung für die Staatsprüfung dort aufhältlichen Juristen zu schulden kommen lassen. Die Exzesse würden meist zur Nachtzeit und im betrunkenen Zustande seitens der Studenten verübt.

Wegen Gottes- und Kaiserbeleidigung wurde der Brauer Vogel aus Oelbrunn bei Wunsiedel zu zusammen 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Jedes Vergehen wurde mit 3 Monaten gesühnt und die Gesamtstrafe auf 4 Monate bemessen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Aschersleben ein Handelsmann zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde ein Arbeiter aus Fümmelse bei Wolfenbüttel angezeigt. Er war betrunken.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Breslau der Arbeiter Sacher zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Schweidnitz ein Arbeiter verhaftet.

Erbauliches aus Krankenkassen.

Beim Krankenhause in Suhl versieht Dr. med. Georg Wehner die Stelle des leitenden Arztes. Die Mitglieder von Krankenkassen, welche in das Krankenhaus gebracht werden, unterliegen seiner Behandlung, wenn ihm nicht sofort der betreffende Kassenarzt, der bis dahin die Behandlung hatte, mitteilt, daß er sie weiterführen will. Nun wurde eines Tages eine schwerkranke Patientin eingeliefert, deren Behandlung Dr. Wehner übernahm, weil keine Mitteilung des Kassenarztes vorlag. Als dieser sich nachträglich meldete, wies ihn Dr. Wehner zurück. Bald darauf erhielt Dr. Wehner von dem Vorstand der Erdmann-Schlegelmilchschen Fabrikkrankenkasse, der die Patientin angehörte, einen Brief, in welchem in sehr gemessenem Tone mitgeteilt wurde, daß der Vorstand es für gut befunden habe, die Mitglieder seiner Kasse nur durch den Kassenarzt Dr. Michels behandeln zu lassen. Davon möchte der Herr Adressat ein für allemal Kenntnis nehmen. Darauf antwortete Dr. W. in recht kräftiger Weise, und nachdem er noch von einem die Angelegenheit ebensalls berührenden Schreiben der Ortskrankenkasse an den Magistrat Kenntnis erhalten hatte, sandte er der Hennebergischen Zeitung einen längeren Artikel über diesen Konflikt zu, der auch abgedruckt wurde. Diesem Artikel folgte dann noch ein zweiter.

Die Vorstände der beiden erwähnten Krankenkassen fühlten sich dadurch beleidigt und stellten Strafantrag sowohl gegen Dr. Wehner als auch gegen den Redakteur Andreas Dietrich. Das Landgericht Meiningen hat am 27. September v. Js. beide freigesprochen. Inkriminiert waren u. a. Ausdrücke wie „unverschämte Anmaßung", „Vorstandsmandarinen", „chinesische Verhältnisse", „Ring durch die Nase ziehen" usw. Das Gericht hat aber dem Angeklagten den Schutz des § 193 im vollen Umfange zugebilligt. — Gegen das Urteil hatten die beiden Kassenvorstände als Nebenkläger Revision eingelegt. Sie wiesen darauf hin, daß der § 193 den Angeklagten zu Unrecht zugebilligt worden sei, weil die Absicht der Beleidigung sich aus der gewählten Form ergebe.

Das Reichsgericht erachtete die Revision für begründet und hob am Donnerstag das Urteil im vollen Umfange auf. Die Sache wurde an das Landgericht Erfurt verwiesen.

Soziales.

— **Bergarbeiterschutz in Baiern.** Ueber die Beratung des Berggesetzes im bairischen Landtag haben wir bereits berichtet. Im folgenden tragen wir noch einiges nach: Einer Anregung unserer Fraktion entsprechend, sicherte sich der Fiskus das Monopol auf Gewinnung von Salz und Kali, was ursprünglich im Gesetzentwurf nicht vorgesehen war. Bezüglich des **Arbeiterschutzes** sind nachfolgende Bestimmungen bemerkenswert: Berechnung und Auszahlung des Lohnes muß mindestens alle Monat erfolgen, gegen Mitte des Monats muß Abschlagszahlung erfolgen. Sofern der Lohn nach Gedinge sich bemessen soll, muß die Vereinbarung binnen 10 Tagen nach Uebernahme der Arbeit erfolgen, andernfalls hat der Arbeiter Anspruch auf den durchschnittlichen Tagesverdienst gleichwertiger Arbeiter. Das Gedinge ist im Gedingebuch zu beurkunden und wenn es länger als 14 Tage dauert, den Arbeitern entweder durch einen Gedingezettel oder durch öffentlichen Anschlag bekannt zu geben. Verboten ist, Verwirkungen des rückständigen Lohnes über den Wochenbetrag des für den Betriebsitz des Bergwerks geltenden ortsüblichen Tagelohns auszubedingen. Für jedes Bergwerk, welches mindestens zehn Arbeiter beschäftigt, muß eine Arbeitsordnung erlassen werden. Die Arbeitsordnung muß alle auf das Arbeitsverhältnis Bezug habende Vorschriften enthalten, insbesondere die im Gesetz festgelegten Arbeiterschutzvorschriften. In Betrieben mit mindestens zwanzig Arbeitern sind Arbeiterausschüsse zu errichten, die von den volljährigen Arbeitern des Bergwerks in unmittelbarer geheimer Wahl gewählt werden.

Die Arbeiterausschüsse sind alle drei Jahre neu zu wählen, der Wahltermin ist vier Wochen vor der Wahl bekannt zu geben. Zur Förderung des gewonnenen Materials dürfen nur geeichte Gefäße von gleichem Rauminhalt verwendet werden. Rauminhalt und Leergewicht der Gefäße ist den Arbeitern durch öffentlichen Anschlag bekannt zu machen. Auf den Abschluß und die Lösung des Arbeitsverhältnisses finden die Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung Anwendung, mit der Maßgabe, daß Arbeiter die Arbeit ohne Kündigung verlassen können: wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrags von dem Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter durch Vorspiegelung falscher Thatsachen in einen Irrtum versetzt wurden, wenn infolge gänzlicher oder teilweiser Unterbrechung des Betriebes an drei oder mehr aufeinanderfolgenden Schichten keine Arbeit gegeben werden kann. In Bergwerken, wo Wagen gemulkt werden, muß der Betriebsinhaber gestatten, daß von den Arbeitern gewählte Aufsichts-Personen das Verfahren bei Feststellung solcher Abzüge überwachen. Strafgelder und Abzüge von gemulkten Wagen müssen der zu gunsten der Arbeiter etwa bestehenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000228-14/fragment/page=0005

Unterstützungskasse, an deren Verwaltung die Arbeiter mitbeteiligt sind, überwiesen werden. Wo solche Kassen nicht bestehen, fließen diese Gelder in die Knappschaftskassen. Soweit die Knappschaft selbst in Betracht kommt, ist hervorzuheben, daß aus dem Betriebe ausscheidenden Mitgliedern gegen eine Rekognitionsgebühr, die monatlich 50 Pfennige nicht übersteigen darf, Gelegenheit geboten ist, sich die bis zum Tage des Austritts erworbenen Pensionsansprüche für sich und ihre Angehörigen zu wahren, insofern nicht bei Eintritt in einen andern Knappschaftsverein die bisherige Dienstzeit angerechnet wird. Im übrigen ist das Gesetz seinem preußischen Vorbilde entsprechend. Die Kammer hat dann noch drei Resolutionen beschlossen: 1. anzuordnen, daß auf allen Bergwerken die nötigen Vorkehrungen für Verband und Transport verunglückter Arbeiter getroffen, bezw. Verbandsstuben eingerichtet, oder ständige Sanitätskolonnen organisiert werden; 2. dahin zu wirken, daß die in Baiern bestehenden Knappschaftskassen sich zu einem Kartellverband zusammenschließen; 3. dem Landtage baldmöglichst einen Gesetzentwurf für Errichtung von Berg-Gewerbegerichten vorzulegen. Eine weitere Resolution, wonach eine ständige Grubenaufsicht durch im Bergwerke beschäftigte Arbeiter etabliert werden soll, wurde zur Vorbereitung dem Finanzausschusse überwiesen. Nun erhält die Kammer der Reichsräte das Wort.

Zur deutschen Ernteslatistik von 1899.

Vom Statistischen Amt ist soeben eine Uebersicht über die Ernteerträge in Deutschland auf das vergangene Jahr erschienen. Die Erhebungen erstrecken sich auf die Anbauflächen für die verschiedenen Feldfruchtarten und auf die Erträge. Ernteslatistiken sind zwar schon seit längerer Zeit jährlich aufgenommen worden, da aber im vergangenen Jahre zum erstenmale neue Bestimmungen, die genauere Ermittelungen ermöglichten, zur Anwendung gelangt sind, verdient diese Statistik erhöhtes Interesse.

Die Ermittelungen werden in der Weise aufgenommen, daß für einen größeren oder kleineren Bezirk ein Vertrauensmann von den landwirtschaftlichen Vereinen oder von den Landwirtschaftskammern oder ähnlichen Einrichtungen ernannt wird, der von April bis November monatlich von jeder Gemeinde Bericht über den Saatenstand erhält. Der Saatenstand wird mit den Ziffern 1 bis 5 bezeichnet, wobei 1 sehr gut, 2 gut, 3 mittel (durchschnittlich), 4 gering und 5 sehr gering bedeutet. In der ersten Hälfte des November sind von diesen Vertrauensmännern Durchschnittsangaben über den Ernteausfall in ihrem Erhebungsbezirk im Gewicht der pro Hektar geernteten Frucht zu machen. Noch vor Mitte November sind diese Berichte an die Landesregierung einzusenden.

Die Zahl der Berichterstatter ist seit vorigem Jahre erheblich vermehrt worden, so daß die Erhebungsbezirke kleiner und sowit die Erhebungen genauer geworden sind. Im Jahre 1898 waren in Deutschland 3868 Berichterstatter thätig, 1899 dagegen 6474, so daß 1898 auf jeden Berichterstatter durchschnittlich ein Bezirk von 91 Quadratkilometer entfiel, voriges Jahr dagegen ein solcher von nur 54. In Preußen ist die Zahl der Berichterstatter von 2899 auf 4570 erhöht worden. Auf absolute Genauigkeit haben auch die neuesten Zahlen noch keinen Anspruch, doch sind die Fehlerquellen nicht so zahlreich und so mächtig, daß das Ergebnis nicht als ein in der Hauptsache zutreffendes angesehen werden könnte. Am zuverlässigsten sind natürlich die Angaben über die Anbauflächen für die verschiedenen Fruchtarten. Der neuesten Statistik ist eine Uebersicht über die Anbauflächen für die verschiedenen Fruchtarten während der letzten zehn Jahre beigefügt. Die Uebersicht ergiebt, daß sich die Flächen nur gering verändern; nur der Kartoffelanbau nimmt beständig zu. Im vergangenen Jahre wurden bebaut mit

Winterweizen	1 881 853	Hektar
Sommerweizen	134 037	„
Winterspelz	324 116	„
Winterroggen	5 736 858	„
Sommeroggen	134 210	„
Sommergerste	1 640 868	„
Hafer	3 999 744	„
Kartoffeln	3 131 463	„
Klee	1 824 532	„
Luzerne	224 105	„
Wiesen	5 887 572	„

Die Erntemengen betrugen an:

Winterweizen	72 575 560	Zentner
Sommerweizen	34 37380	„
Winterspelz	9 521 900	„
Winterroggen	176 635 900	„
Sommerroggen	2 879 940	„
Sommergerste	59 677 520	„
Hafer	137 653 740	„
Kartoffeln	779 724 040	„
Klee	165 545 460	„
Luzernenheu	27 022 080	„
Heu, Grummet	475 355 800	„

Die Erträge weichen natürlich in den einzelnen Bezirken beträchtlich von einander ab. Bemerkenswert ist, daß die Provinz Sachsen betreffs der Fruchtbarkeit mit an erster Stelle steht. Fast in sämtlichen Fruchtarten ist der Ertrag in der Provinz Sachsen um ein Beträchtliches höher als der Durchschnitt für Preußen und auch für Deutschland. Die Anbauflächen und Ernteerträge betrugen in den drei Regierungsbezirken unserer Provinz:

	Magdeburg ha	Magdeburg Ztr.	Merseburg ha	Merseburg Ztr.
Winterweizen	68 532	3 538 740	72 979	3 347 740
Sommerweizen	7 851	377 100	3 913	163 560
Winterspelz	—	—	59	3 360
Winterroggen	143 629	4 635 440	151 682	5 011 080
Sommerroggen	627	13 320	729	14 720
Sommergerste	53 015	2 397 360	72 443	3 135 360
Hafer	83 747	3 562 860	94 558	3 942 140
Kartoffeln	87 847	23 689 900	82 095	22 313 100
Kleeheu	18 429	1 763 680	23 566	2 244 760
Luzernenheu	7 661	888 640	13 203	1 495 860
Wiesenheu	115 875	8 542 220	75 386	6 417 860

	Erfurt ha	Erfurt Ztr.
Winterweizen	20 603	791 780
Sommerweizen	3 100	124 060
Winterspelz	111	1 440
Winterroggen	28 163	868 520
Sommerroggen	1 058	18 100
Sommergerste	28 860	1 167 780
Hafer	37 105	1 313 940
Kartoffeln	25 400	6 277 080
Kleeheu	8 853	985 740
Luzernenheu	5 797	752 160
Wiesenheu	18 250	1 755 320

Pro Hektar wurden durchschnittlich geerntet

	in Deutschland		in Preußen		Prov. Sachsen	
Winterweizen	38.6	Ztr.	40	Ztr.	48	Ztr.
Sommerweizen	32.4	„	36	„	43	„
Winterspelz	28.4	„	30.2	„	37.3	„
Winterroggen	29.8	„	29	„	32.7	„
Sommerroggen	21.4	„	18 8	„	20.1	„
Sommergerste	36.4	„	37.4	„	42.8	„
Hafer	34.4	„	34.4	„	40.3	„
Kartoffeln	245.8	„	243	„	269.3	„
Kleeheu	90.8	„	83	„	95.8	„
Luzernenheu	120.6	„	108.6	„	117.4	„
Wiesenheu, Grummet	80.8	„	70	„	81.5	„

Dieser Vergleich ergiebt, daß die Fruchtbarkeit der Provinz Sachsen ziemlich beträchtlich über den Durchschnitt hinausragt. Nur wenige Gegenden Deutschlands weisen in der einen oder anderen Frucht größere Durchschnittserträge auf.

Parteinachrichten.

— **Ein Justizopfer.** Der Wiener Arbeiterzeitung wird unterm 21. Februar aus Wilsen geschrieben:

Genosse Joseph Paces ist einer der Märtyrer der österreichischen Arbeiterbewegung. Noch nicht dreißigjährig, wurde er am 12. Februar 1885 in Lubokei bei Reichenberg verhaftet. Sein „Verbrechen" war, eine geheime Druckerei zur Herstellung von Propagandaschriften errichtet zu haben. Am 22. November 1885 wurde er vom Prager Landesgericht wegen Hochverrats zu sechzehn Jahren schweren Kerkers verurteilt; von seinen Mitangeklagten erhielt der jüngst verstorbene Christoph Czerny fünfzehn, Johann Rempes zehn Jahre schweren Kerkers. Von seiner Strafe mußte Paces in der Strafanstalt Borg bei Wilsen neun Jahre und einen Monat **in Einzelhaft** verbüßen. Der furchtbaren Pein einer solchen Strafe konnte sein Nervensystem auf die Dauer nicht Widerstand leisten. Joseph Paces zeigte immer deutlichere Zeichen von Verfolgungswahn. Er bildete sich ein, man habe vor, ihn vor Beendigung seiner Haft, die am 13. Juli d. J. ablaufen sollte, zu vergiften. In diesem Sinne richtete er aus dem Gefängnis eine Reihe von Briefen an die Genossen Krejci, Hybesch und Pratny, in denen er erklärte, mit dem Leben abgeschlossen zu haben. Von seiner furchtbaren Wahnvorstellung getrieben, beschloß der Unglückliche, einen seiner vermeintlichen Verfolger umzubringen. Er verfertigte aus einem Stock und einem Schusterkneip eine Stichwaffe und überfiel damit am 26. September den Gefangenenaufseher Heß, als dieser seine Zelle betrat. Die Wunde war ziemlich schwer.

Trotzdem alle Umstände der That darauf hinwiesen, daß Paces kein Verbrecher sondern ein Geisteskranker sei, der statt in eine Strafanstalt in eine Heilanstalt gehöre, erhob die Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Mordversuchs, über die heute die Verhandlung vor dem Pilsener Schwurgerichte stattfand. Paces hielt zu seiner Rechtfertigung eine zweieinhalbstündige Rede, in der sich die lebendige Schilderung wirklich erlittener Kerkerqualen mit den Phantasien eines Wahnsinnigen in erschütternder Weise mischte. Paces erzählte, man habe ihm das Essen, das Wasser, ja sogar die Luft vergiftet und dazu sogar einen aus dem Auslande stammenden Stoff verwendet. Die That habe er begangen, um vor Gericht zu kommen und alle gegen ihn gerichteten Pläne zu „enthüllen". Der Verwundete habe ihm leid gethan, er habe aber kein anderes Mittel gehabt, sein Leben zu schützen.

Das Gericht hat den wahnsinnigen Mann wirklich verurteilt. Zwar verneinten die Geschworenen die erste Frage (Versuch des Mordes) einstimmig, sie bejahten dagegen einhellig die Eventualfrage. Joseph Paces wurde wegen schwerer körperlicher Beschädigung zu drei Jahren schweren Kerkers, verschärft mit Dunkelarrest und Fasten am Jahrestage der That, verurteilt.

Dieser Ausgang muß schmerzliche Teilnahme und nicht minder Verwunderung hervorrufen. In zivilisierten Ländern bestraft man Geisteskranke nicht, sondern pflegt sie. Die neue Haft Paces bedeutet aber obendrein eine ernste Gefahr für die Personen, die mit ihm im Gefängnis in Berührung kommen werden. Glaubt man etwa, ihn durch die Gerichtsverhandlung geheilt zu haben? Es hat bei dieser einzigen Augenblicke gegeben, die gar sehr geeignet waren, seinen Wahn zu stärken. Für die österreichischen Arbeiter ist Joseph Paces ein Unglücklicher, den sie um so tiefer beklagen, als es ihm nicht vergönnt gewesen ist, klaren Geistes die Fortschritte jenes Gedankens zu sehen, für den er so schwer geduldet hat.

— **Von ausländischen Bruderparteien.** Die Stärke der Sozialisten in den belgischen Gemeinderäten nach den neuen Gemeindewahlen stellt eine Brüsseler Korrespondenz der Voss. Ztg. wie folgt dar: Die Sozialisten sind in allen Gemeinderäten der großen und mittleren Städte vertreten, zum Teil sehr stark, verfügen sie doch in Brüssel, Lüttich und Gent über ein Drittel der Stimmen der Gemeinderäte. In den Provinzen Lüttich, Hennegau und Namür giebt es 65 Gemeinden, in denen Sozialisten teils allein, teils im Bunde mit den Radikalen die Rathäuser erobert haben. Davon kommen 33 auf die Provinz Hennegau. In den wichtigen Industrieorten La Louviere, Carniere, Bois D'Haine, Cuesmes, Frameries, Quaregnon, Wasmes, Paturages, Dampremy, Gilly, Lodelinsart, Monceau und Gourcelles sind die Sozialisten die Herren der Gemeindeverwaltungen. In der Provinz Lüttich giebt es 26 sozialistische Gemeinderäte, darunter in den bedeutenden Industriestädten Seraing, Angleur, Herstal, Ensival, Ans, Flemalle-Grande. Die Provinz Namür zählt sechs sozialistische Gemeinderäte. Das sind um so bemerkenswertere sozialistische Erfolge, als die klerikalen Kammern zur Bekämpfung des Sozialismus für die Gemeindewahlen ein exraeaktionäres, das Stimmrecht der arbeitenden Klassen und breiten Volksschichten arg einschränkendes Gesetz erlassen haben.

Die Stimmenzahl der sozialistischen Arbeiterpartei bei den Herbstwahlen in den Vereinigten Staaten ist nun endlich für sämtliche beteiligte Staaten bekannt, und zwar entfallen: Arizona 71 Stimmen, Colorado 2054 Stimmen (gegen 1796 im Jahre 1898), Connecticut 3664 (2866), Iowa 763 (1081), Kansas 875 (646), Kentucky 615 (394), Maryland 432 (506), Massachsetts 10 778 (10 063), Michigan 3190 (1101), New-Jersey 4080 (5458), Newyork 24 538 (23 860), Ohio 5910 (5793), Pennsylvanien 3753 (4318), Rhode Island 2941 (2579), Utah 261, zusammen 85 289 gegen 82 204. In Arizona und Utah ist die Partei zum erstenmale in den Wahlkampf eingetreten.

— **„Ein Opfer des sozialdemokratischen Terrorismus."** Unter diesem Titel meldet die Staatsbürger-Zeitung folgende Greuelgeschichte aus Harburg, die von der Gistmudel natürlich schleunigst nachgedruckt wird:

„Einen neuen traurigen Beweis für den Streik-Terrorismus der „Genossen" liefert folgende Mordthat. Im Lauenbrucher Felde, auf der hinter dem Stülkenschen Hause belegenen Wiese, wurde gestern morgen eine männliche Leiche aus dem Graben gezogen. Dieselbe wurde später als die des etwa 42jährigen Seilers Heinrich Hose aus Lauenbruch erkannt. Derselbe soll gestern abend in Lohmanns Park die Volksversammlung besucht haben und daselbst mit einigen Leuten in Streit geraten sein. Der Streit soll dadurch entstanden sein, daß Hose bei dem vor einigen Jahren in der früher Heinrauschen Seilerei in Lauenbruch ausgebrochenen Streik weiter gearbeitet haben soll. Die öffentliche Meinung ist die, daß Hose gestern abend von Lohmanns Park aus geflüchtet ist, gefolgt von mehreren Personen, die ihn auf der Wiese wieder erreicht haben und so lange auf ihn losgehauen haben, bis er tot war. Um die Vermutung zu erregen, daß Hose ertrunken sei, wird derselbe dann

---

Der Schuldige?

Roman von Hektor Malot.

47] (Nachdruck verboten.)

Der Pfarrer blieb eine Weile mit erhobenen Armen entsetzt vor ihr stehen, dann schritt er rasch nach der Muttergotteskapelle und warf sich auf der untersten Stufe des Altars nieder. Sie sah ihn zwar nur von rückwärts, aber aus der Inbrunst seines Gebets konnte sie entnehmen, wie schrecklich ihn ihr Geständnis erschüttert hatte und daß er in seiner Bedrängung die um Rat anflehte, zu der er die gefalteten Hände emporhielt.

Endlich erhob er sich, und mit niedergeschlagenen Augen, ohne einen Blick auf sie zu richten, kehrte er in den Beichtstuhl zurück und sagte mit bebender Stimme:

„Fahren Sie in ihrer Beichte fort!"

IX.

Obwohl ihr der Abbe Charles die Absolution, die sie ihm zu entreißen gehofft, verweigert hatte, so war sie doch von dem Ergebnis ihrer Reise sehr befriedigt zurückgekommen. Sie hatte sich das Geständnis ihres Verbrechens schwieriger vorgestellt. Nun war es ihr sozusagen ganz von selbst entflossen. Nun war sie die Sache los. Jetzt mochte der Abbe Charles sehen, wie er damit fertig wurde, denn nun hatte sie ihm zu tragen gegeben. Er mochte nun die härtesten Reden an sie richten, ihr die blutigsten Vorwürfe machen, die schwersten Bußen, die sich erfinden ließen, auferlegen. Und was dann? Sie würde alle Bußen vollbringen, und die Sache würde abgethan sein. Es war ihr bisweilen etwas unangenehm, daß der brave Pfarrer nun ihr Geheimnis kannte, allein schließlich fand sie, daß das im Grunde ganz gut sei, weil sie nun mit ihm darüber plaudern könnte, ein Gesetzlicher ist nicht wie ein gemöhnlicher Mann: sein Herz ist offen, seine Lippen sind geschlossen; das ist viel wert, dachte sie in ihrer leichtfertigen Art, alles in ihrem Vorteil auszulegen.

Das einzige Bedauern, das ihr von der Verweigerung der Absolution zurückblieb, kam ihr bei dem Gedanken, daß sie nun Mederic noch nicht glücklich machen konnte; aber der teure Junge liebte sie so herzlich, daß er warten würde, ohne sich allzu heftig zu beklagen.

Mißlich war es für sie, daß sie ihrem Manne die Nachricht von der Verheiratung des Onkel Benoit mitzuteilen hatte. Wie würde er diese unerwartete Botschaft aufnehmen? Oft genug hatte der Onkel Benoit zu ihnen gesagt: „Ihr werdet mich beerben, meine lieben Kinder, darauf könnt Ihr Euch verlassen. Auch rechnete La Baupaliere ganz bestimmt auf diese Erbschaft, als hätte er sie schon. So lange er nichts hatte, war er uneigennützig gewesen, aber der Besitz hatte bald ein ehrgeiziges Streben in ihm erweckt, das eben mittels der Hinterlassenschaft des Onkels verwirklicht werden sollte; er gedachte das Bureau in Oissel zu verkaufen und nach Paris überzusiedeln; dort wollte er große Geschäfte unternehmen; zwei oder drei Jahre sollten ihm genügen, um ein gemachter Mann zu werden. Was würde er nun sagen, wenn das uneheliche Kind Gibourdels durch die Heirat anerkannt und erbberechtigt würde?

Als sie ihm nach dem Abendessen die bevorstehende Heirat mitteilte, rief er mit wutersticker Stimme:

„Aber das ist ja ein Diebstahl!"

„Kann er mit seinem Leben und seinem Gelde nicht machen was er will?"

„Mit seinem Gelde nicht, denn er hat uns hundertmal feierlich versprochen, es uns zu hinterlassen."

„Er könnte ja auch noch sehr lange leben bleiben."

„Gewiß, und ich habe auch nicht auf seinen Tod spekuliert, aber es ging doch sichtlich abwärts mit ihm, lange Jahre hat er also nicht mehr vor sich."

„Es ging so sehr abwärts mit ihm, daß er heiratet."

„Und was hast Du geantwortet, als er Dir seinen Entschluß ankündigte.

„Der Abbe Charles hat ihn mir angekündigt."

„Er freut sich gewiß noch darüber."

„Hat er von seinem Standpunkte aus nicht ein Recht dazu?"

„Und Du hielteft ihn für einen treuen Freund!"

„Die Religion steht ihm höher als die Freundschaft."

„Also Du giebst ihm recht?"

„Ich habe ihm weder recht noch unrecht zu geben."

„Und Dein Onkel?"

„Wenn die Sache noch nicht so weit vorgeschritten gewesen wäre, so hätte ich versucht, ihn von seinem Vorsatz abzubringen, denn dieses Frauenzimmer wird ihm seine alten Tage schwer genug machen, aber sie hat ihn so in ihre Gewalt, daß alle Reden der Welt nichts fruchten würden."

„Das soll mich doch nicht abhalten, ihm zu schreiben."

„Was willst Du ihm schreiben?"

„Daß er ein alter Narr und ein Schurke ist, denn das ist man, wenn man sein Wort nicht hält."

„Und was soll dieser Brief bewirken?"

„Wenigstens wird er mir die Galle erleichtern."

„Nun, dann schreibe ihm."

„Du nimmst die Sache so ruhig hin!"

„Wie kann ich sie ändern?"

„Du weißt doch, daß dieser Schritt alle meine Pläne über den Haufen wirft; wenn wir diese Erbschaft nicht machen, so bleiben wir hier!"

„Nun, so bleiben wir eben."

„Und da die Einnahmen des Bureaus zurückgegangen sind, weil ich die Geschäfte anders betreibe, als Herr Courtebeuse, so werden wir uns einschränken müssen!"

„Nun, so schränken wir uns eben ein."

Je mehr er sich in die Hitze redete, desto kühler blieb sie, hoffend, ihn dadurch zu beschwichtigen. Allein die Wirkung war gerade die umgekehrte; es genügte, daß sie einer Meinung war, damit ihm sofort die entgegengesetzte einleuchtete.

„Du möchteft also durchaus in Oissel bleiben?"

„Und Du möchteft also durchaus nach Paris?"

Sie blickten einander einen Augenblick tief in die Augen.

„Habe ich nicht gute Gründe, unsere Uebersiedelung nach Paris zu wünschen?"

„Und kann ich nicht ebenso gute haben, hier bleiben zu wollen?"

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— Sein Gefühl. Kapellmeister (während der schon vier Stunden dauernden Probe zu einem Hornisten): „Sie müssen die Stelle schöner vortragen. Haben Sie denn gar kein Gefühl in sich?"

Hornist: „Gewiß Hunger!" —

— Zur Hebung des Fremdenverkehrs. . . . Aber Herr Wirt, es sollte hier in dieser herrlichen Gegend doch etwas zur Hebung des Fremdenverkehrs geschehen!"

„Ja, ich hab' g'rad zu meiner Frau gesagt: so'n berühmter Mann wie der Herr Professor sollt' halt amal bei uns abstürz'n!"

— Nie verlegen. Gast: „Sie, Herr Wirt, der Wein ist ja ganz trüb, und dann schwimmt — eine Fliege d'rin herum!"

Wirt: „Gar so trüb kann der Wein doch nicht sein, sonst hätten S' ja die Fliege nicht gesehen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000228-14/fragment/page=0006

in den Graben geworfen worden sein. In dem Graben, wo die Leiche gefunden wurde, war das Eis zertrümmert. Daß Hose in eine Prügelei verwickelt gewesen ist, beweisen die an ihm sichtbaren vielen Verletzungen. Außerdem lag in dem Graben neben der Leiche eine zerrissene, halbe fremde Weste, die gewiß zur Ermittelung der Thäter beitragen wird. Der Ermordete war verheiratet und Vater von 9 Kindern."

Das nennt man einen dauerhaften Streikterrorismus. Weil der Mann vor „einigen Jahren" Streikbrecher gewesen, darum „soll" er jetzt von den Genossen ermordet worden sein. Merkwürdig, warum die Genossen so lange gewartet haben; ein rechter Genosse von der Staatsbürger-Zeitung-Färbung schlägt doch einen Arbeitswilligen auf der Stelle tot.

Die Fassung der Geschichte versoottet nicht übel den „Soll"-Ton der Posadowskyschen Denkschrift.

Zur Sache selbst bemerkt unser Harburger Parteiblatt:

1. Hose hat die Versammlung in Lohmanns Park besucht, aber im Lokale sowie in der nächsten Umgebung ist absolut keine Streitigkeit entstanden. 2. Das wird auch dadurch bewiesen, daß Hose nach Schluß der Versammlung mit noch einigen Personen ganz wohl und munter in einer Wirtschaft am Hohlwege eingekehrt ist. 3. Auch hier ist eine Uneinigkeit nicht vorgekommen. 4. Wenn behauptet wird, der Streik sei durch den Heinrauschen Streik entstanden, bei dem H. damals weiter gearbeitet habe, so scheint diese Behauptung jeder Grundlage zu entbehren, denn erstens sind seit dem Streik schon ganze fünf Jahre verflossen und zweitens war H. nicht in der Arbeit stehen geblieben, sondern während des Streiks zugereist. Alle die ihn kennen, wissen, daß er seitdem nicht das allermindeste gethan hat, was organisierten Arbeitern Anstoß geben konnte; er war ein regelmäßiger Versammlungsbesucher.

Wie H. zu Tode gekommen ist, das ist bis jetzt nicht aufgeklärt.

— **Wegen Religionsvergehen** wurde in München die Nummer 4 des Süddeutschen Postillon konfisziert. Die Nummer ist Giordano Bruno gewidmet und bringt u. a. die Reproduktion einiger alter, gegen Papst- und Pfaffentum gerichteter Karikaturen von Lukas Kranach und dem Holländer Jakob Gole. Darin werden die Sünden des Blattes gefunden. Es ist kennzeichnend für die Zeiten der lex Heinze, daß sie strafbar findet, was die Zeiten der heiligen Inquisition passiert hat.

— **Schlimme Erfahrungen** haben die Parteigenossen in Elmshorn mit einigen ihrer „Auserwählten" gemacht. In einer geheimen Sitzung des dortigen Stadtverordneten-Kollegiums beantragte der Bürgermeister, den Oberpräsidenten v. Köller, ehemaligen preußischen Polizeiminister, berühmt durch seine verunglückte Aktion gegen unsere Partei-Organisation und durch seine jetzige Dänenausweisungen, zum Besuche der Stadt einzuladen und dabei auf Kosten der Stadt ein Festessen nicht unter 20 M. das Kouvert zu veranstalten.

Diesem Antrage stimmten vier von den fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten zu. Die vier sozialdemokratischen Köllerfreunde sind: der Maurermeister Feldvoß, der Gastwirt Krause, Firmenträger der „Schleswig-Holsteinischen Volksztg., der Schuhmachermeister Göttsche und der Gerbergeselle Rehders, Vorsitzender der Agitationskommission des Lederarbeiter-Verbandes. Gegen den Antrag gesprochen und gestimmt hat nur der fünfte sozialdemokratische Stadtverordnete Budag.

Die Partei-Organisation am Orte hat sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt, wobei von Feldvoß die Austrittserklärung aus dem Wahlverein einging. In der Wahlvereins-Versammlung wurde beschlossen, die Herren aufzufordern, in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten zu erklären, daß sie sich bei ihrer Abstimmung im Widerspruch mit ihren Wählern befinden. Diese Erklärung gaben sie nicht ab. In einer nächsten Wahlvereins-Versammlung, an der die Wahlkreisleitung teilnehmen wird, soll die Angelegenheit endgiltig erledigt werden. — In solchem Falle giebt es nur eine Erledigung: Für Leute, die sich an der Ehrung eines Köller beteiligen, ist in der sozialdemokratischen Partei kein Platz.

— **Als Geschäftsführer** für den Verlag der Fränkischen Tagespost und Fürther Bürgerzeitung, die am 1. Juli in den Parteibetrieb übergehen, wurde der Genosse Hermann Sydow, bisheriger Leiter des Verlag und Druckerei der Volksstimme in Frankfurt, gewählt.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 26. Februar, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Dittenberger.

Eingegangen sind mehrere Petitionen, darunter eine betreffend Mangel von kleinen Wohnungen und eine betreffs der Kanalverhältnisse in der Zwingerstraße. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19. Februar wurde zur Tagesordnung übergegangen.

I. Der Verkauf städtischen Landes von der Hafenstraße wird beschlossen. Es wird pro Quadratmeter 18 Mk. verlangt werden.

II. Der Erwerb von Land zur Mauerstraße wird ebenfalls beschlossen. Der Magistrat ersuchte pro Quadratmeter mit 60 Mk. zu bewerten. Die Versammlung bewilligte aber nach den Anträgen der Bau- und Finanzkommission nur 40 Mk. pro Quadratmeter.

III. Ein Kapital zur Erhaltung eines Erbbegräbnisses (400 Mark) wird angenommen.

IV. Für Anpflanzungen auf dem Nordfriedhofe werden 140 Mk. nachbewilligt.

V. Zustimmung zu einem Nachtrage zum Haushaltsplan für 1900, so lautete der Tagesordnungspunkt, der sich mit dem neuen Steuerprojekt des Magistrats beschäftigen sollte. Die Anträge des Magistrats sind bereits abgedruckt und es ist auch Stellung dazu genommen worden. Der Referent Stadtv. Steckner weist darauf hin, daß die Immobiliar-Umsatzsteuer erst kürzlich in Verbindung mit der Straßenreinigung abgelehnt worden ist. Um nun die Angelegenheit noch einmal gründlich zu besprechen, empfehle er die Vorschläge der Finanzkommission, heute einen Beschluß vorzubehalten und die Angelegenheit nach Hinzuziehung von 4 Stadtverordneten zur Finanzkommission dort noch einmal einer Beratung zu unterziehen. Die Versammlung stimmte diesem Antrage, ohne in eine Diskussion einzutreten zu, und verstärkte die Finanzkommission auf Empfehlung des Vorstehers durch die Stadtv. Grote, Heyser, Lembke und Glimm.

VI. Für den Anstrich von Brücken wird vom Magistrat eine Ergänzung des Bauetats um 5535 Mk. beantragt. Stadtv. Albrecht meint, er bewillige gern Geld zu solchen Zwecken, aber er habe Bedenken gegen die Notwendigkeit der Anstreichungen, da es ihm scheine, als wenn der Betrag zur Abrundung der ominösen 200 000 Mk. gefordert werde. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, den geforderten Betrag zur Disposition der städtischen Behörden zu stellen.

VII. Die Zuschlagung von 2 Parzellen des Wasserwerks an das Rittergut zu Beesen-Ammendorf rief eine längere Debatte hervor, die schließlich mit Annahme der Magistratsvorlage endete.

Infolge der im vorigen Jahre von den städtischen Behörden beschlossenen nötigen Erweiterung des städtischen Wasserwerkes hat eine zum Rittergut Beesen-Ammendorf gehörige Fläche von 4070 Quadratmetern Größe Bauland aus der Pacht gezogen werden müssen. Auf Anerbieten des Kuratoriums des städtischen Wasserwerkes und auf Vorschlag der Güterverwaltungs-Deputation hat der Magistrat beschlossen, daß die Entschädigung des Rittergutes durch Abtretung entsprechenden Landes seitens der Wasserwerks-Verwaltung zu erfolgen hat. Die von den Herren Stadtverordneten Roth und Grote aufgenommene, bei den beigefügten Akten befindliche Taxe vom 25. September 1899 ergiebt, daß der dem Rittergute entzogenen Fläche zwei von der Wasserwerks-Verwaltung zum Austausch angebotene Parzellen von zusammen 12 960 Quadratmetern Größe Wiesenland am Wert entsprechen.

Der Magistrat hat daher beschlossen, daß diese beiden Parzellen zum Rittergute geschlagen werden sollen. Der Rittergutspächter Handt hat sich damit einverstanden erklärt, daß die ihm vertraglich zustehende Entschädigung in der Weise erfolgt, daß ihm die beiden Parzellen überwiesen werden.

Die Stadtv. Albrecht und Krüger hatten beantragt, den Rittergutspächter Handt nur so zu entschädigen, wie er es vertraglich zu verlangen habe. Es liege nicht die geringste Veranlassung vor, diesem Manne aus den Mitteln der Stadt noch etwas zu schenken. Einige Stadtverordnete sowie auch der Stadtrat Reißner bestreiten, daß dem Pächter Handt etwas geschenkt werde. Die Anträge Albrecht und Krüger wurden abgelehnt.

VIII. Der Ausbau der Wolfsschlucht wird von einem kommunalen Verein auf Grund einer Petition verlangt. Der Stadtv. Schmidt beantragt namens der Baukommission den Uebergang zur Tagesordnung. Der Stadtv. Albrecht meint, es liege ein großes kommunales Interesse vor, die Wolfsschlucht auszubauen, um den gerechten Wünschen der Petenten nachzukommen. Die Versammlung beschloß aber den Uebergang zur Tagesordnung.

Darauf geschlossene Sitzung.

Stadtverordneten-Sitzung in Zeitz

vom 20. und 21. Februar.

Der Vorsitzende teilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß die Bestätigung für den wiedergewählten Oberbürgermeister eingegangen ist.

1. Stadtverordneter Lange wird in sein Amt eingeführt.

2. Zu den Kosten der Pflasterung der unteren Fabrikstraße haben die Besitzer der Häuser 19 und 20 einen Teil der Kosten beizusteuern. Bei der Debatte hierüber wird bekannt, daß die Besitzer der Häuser bis zu Nr. 18 von allen Kosten für Straßenbauten befreit sind, weil bis zu Nr. 18 die Fabrikstraße eine „historische" Straße ist.

2b und c. Die Entlastung der Abrechnung über die Regulierungsarbeiten der Badstubenvorstadt und eines Teils der Näthersträße wird erteilt.

3. Für die Straße „Auf dem Gebinde" wird eine Breite von 13 Metern festgesetzt. Zugleich wird beschlossen, daß alle neu anzulegenden Straßen mindestens 13 Meter breit sein sollen.

4. Die Baufluchtlinie für die Neumarktstraße hinter der Mauer wird geregelt.

5a. Der Bezirksausschuß teilt in einem Schreiben mit, **daß in der Verwaltungsstreitsache Plorin und Genossen die Berufung des Magistrats beim Oberverwaltungsgericht eingegangen ist.** (Wir können hierbei gleich bemerken, daß die Verhandlung am 12. März stattfindet. D. Red.)

5b. Für die Krankenhauskasse werden Kredite in Höhe von 1100 Mark, die durch Mehrinanspruchnahme der Beleuchtungsmittel entstanden sind, bewilligt.

6. Die Sparkasse hat einen Ueberschuß von 36324 Mark im Jahre 1898 ergeben. Die Verwendung dieser Gelder ist bereits durch frühere Beschlüsse geschehen. Heute erfolgt nur noch ein Gesamtbeschluß.

6b. Die Kämmereikasse hat im Rechnungsjahr 1898/99 43680 Mk. ergeben. Verwandt sollen davon werden 13800 Mk. für Herstellung der Fabrikstraße, 8192 Mk. für die Herstellung der Badstubenvorstadt, zur Kanalisierung 2c. derselben, 9481.01, das übrige Geld (über 12000 Mk.) soll zu ähnlichen Zwecken verwendet werden. Wird zugestimmt.

7. Die Feuerwehren halten im Monat Juli hier einen Verbandstag ab. Mit demselben soll eine Ausstellung von Feuerlöschgeräten verbunden sein. Zu den hierzu entstehenden Kosten werden 500 Mk. bewilligt.

8. Hier kam eine Angelegenheit zur Verhandlung, bei der man sich ins Mittelalter versetzt glaubte. Die Schuhmacher-Innung hat einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, nach welchem die Stadtverwaltung durch eine größere Summe sich loslösen soll von einer Freistelle, die einem zugereisten erkrankten Schuhmachergesellen im Krankenhause zusteht. Das Vermächtnis besteht aus dem Jahre 1541, die Schuhmacher hatten damals der Kirche Geschenke gemacht und deshalb für einen „Schuhknecht", wie es in der Urkunde heißt, die Gerechtsame erhalten. Nach langer Debatte stimmt die Versammlung zu, daß 1200 Mk. an die Innung gezahlt werden, aus deren Zinsen die Gesellen im Erkrankungsfalle behandelt werden.

9. Der Bäckermeister Franz Beyer wird als Schiedsmanns-Stellvertreter wiedergewählt.

10. Für eine Fahr- und Tragbahre im hiesigen Krankenhause, für die früher 180 Mk. bewilligt waren, werden 88 Mk. nachbewilligt.

11. Es folgt dann die Festsetzung des Haushaltsplanes für 1900/91. Zuerst wird mit dem Schuletat begonnen. Derselbe schließt ab in Einnahme und Ausgabe:

in der 1. Mädchenschule mit	28 850	Mk.
mehr	1 350	„
in der Mittelschule mit	81 700	„
mehr	12 900	„
in den Volksschulen mit	195 400	„
mehr	9 000	„
in der gewerblichen Fortbildungsschule mit	6 900	„
in der kaufmänn. Fortbildungsschule mit	3 020	„

Eine lebhafte Debatte erregten hierbei die Gehaltszulagen, die für die Lehrer der 1. Mädchenschule und der Mittelschule eintreten sollen. Mehrere Stadtverordnete befürchten, daß die Bewilligung bei den Volksschullehrern böses Blut machen würde. Diese Angelegenheit wird in die geheime Sitzung verlegt und die sonstigen Ausgaben bewilligt.

Am zweiten Tag wird der Haushaltsplan fortgesetzt und nach dem Magistrats- und Kommissionsantrag beschlossen.

Darnach schließen ab in Einnahme und Ausgabe:

die Kämmereikasse	mit 629 700	Mk.
mehr	37 700	„
die Armenkasse	mit 61 750	„
mehr	17 000	„
die Schlachthauskasse	mit 42 320	„
mehr	4 420	„
die Krankenhauskasse	mit 79 000	„
mehr	3 500	„
die Wasserwerkskasse	mit 64 820	„
mehr	10 800	„

Den öffentlichen Sitzungen schloß sich an beiden Tagen eine geheime Sitzung an.

Provinzielles.

Bitterfeld. Gegen die Flottenvorlage. Die am 22. d. M. abgehaltene Protestversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Genosse C. Fischer-Dresden widerlegte in 1½stündiger zündender Rede alle Gründe, die die Flottenschwärmer zur Begründung der Flottenvorlage gebrauchten. Insbesondere wies er darauf hin, daß unser Handel und Gewerbe bisher ohne große Flotte, nur infolge der Intelligenz der deutschen Arbeiter den bis dahin den Markt beherrschenden Engländern den Platz streitig gemacht haben. Wolle man aber, wie die Gegner aussprengen, dem deutschen Arbeiter Gelegenheit zur Arbeit geben, so gäbe es genügend Schulen, Krankenhäuser und Lungenheilstätten zu bauen, daß auf viele Jahre die 100 Millionen, die jährlich für Schiffsbauten angesetzt sind, gar nicht ausreichen würden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Infolge der Ausführungen des Reichstagsabg. Genossen C. Fischer kann die am heutigen Tage stattfindende Volksversammlung nur Nachteile bei Annahme der Flottenvorlage für das gesamte Proletariat erblicken; darum protestiert dieselbe gegen Vermehrung der Flotte, sowie gegen jede Verstärkung des Militarismus, und erklärt, bei einer event. Auflösung des Reichstages mit allen Kräften dahin zu wirken, daß in unserem Wahlkreise ein Gegner der Flottenvorlage gewählt wird." Fr. G.

Tangermünde. Vom Lehrerboykott. Die hiesigen Gemeindelehrer, deren Gesuch auf Gehaltserhöhung von der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt worden war, hatten vor einiger Zeit eine Art Verrufserklärung mit einem Beschluß angenommen, bei keinem Tangermünder Geschäftsmann mehr zu kaufen und aus allen dortigen Vereinen auszutreten. Magistrat und Stadtverordnete haben jetzt beschlossen, die Angelegenheit der Regierung zu unterbreiten, weil sich aus dem Verhalten der Lehrer mancherlei Störungen im sozialen Leben der Stadt ergeben haben. Es ist uns einigermaßen unklar, in welcher Weise hier die Regierung eingreifen soll. Zwingen kann man doch die Lehrer weder zum Kauf in den Tangermünder Geschäften noch zum Beitritt in die dortigen Vereine.

Wittenberg. Arbeitseinstellung. Wie die Magdeburger Volksstimme mitteilt, haben die Arbeiter der Wittenberger Steingutfabrik ihre Stellung wegen Lohnreduktion gekündigt. Den Tellermachern sollten 12 bis 15 Pfg. abgezogen werden. Sie weigerten sich aber, für den reduzierten Lohn zu arbeiten; als die Direktion sich zu Verhandlungen nicht bequemte, weil der Verbandsvorsitzende daran beteiligt sei, erklärten sich die Dreher solidarisch. Hauptaktionär der Fabrik ist Herr Dr. Georg von Siemens, der neugeadelte Bankdirektor, Arbeiterfreund und freisinniger Reichstagsabgeordneter. (Hoffentlich bedient uns, falls es zum Ausstand kommt, das Streikkomitee besser, damit wir nicht erst gezwungen sind, einem anderem Blatte zu entnehmen, daß in einem Orte im Verbreitungsbezirk unseres Blattes eine Lohnbewegung bevorsteht. D. Red.)

Magdeburg. Der Hafenarbeiterstreik dauert fort. Es arbeiten ca. 100 Mann zu den neuen Bedingungen. Da der Leiter des städtischen Hafenamtes sich weigerte, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen, wurde auch hier die Arbeit niedergelegt. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten interpellierten deshalb den Magistrat und dieser kehrte durch seinen Vertreter den nackten Unternehmerstandpunkt heraus. Der Lohn von 24 Mk., der gezahlt werde, sei hoch genug, auch sei die Form, in welcher die Lohnerhöhung verlangt wurde, keine angemessene gewesen, da sich die Hafenarbeiter sogar erdreistet hätten, dem städtischen Hafendirektor zu sagen, wenn die Forderungen nicht bewilligt werden, legen wir die Arbeit nieder. Es werde auch kein Streikender wieder angenommen, da genug Arbeitswillige vorhanden seien. So argumentiert der Vertreter einer Behörde, die bestrebt sein soll, dem Privatunternehmer als Muster zu dienen und beiden Teilen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nicht bloß dem einen Teile, entgegen zu kommen. Gleichwohl halten die Hafenarbeiter mutig aus und glauben, den Sieg doch noch an ihre Fahnen zu heften.

Güsten. Auch grober Unfug. Der Bürgermeister Olfe von hier hat ein famoses Mittel entdeckt, um bei Reden nicht unterbrochen zu werden, er schickt ganz einfach denen, die es sich erlauben, Zwischenrufe zu machen, Strafmandate und der Herr Bürgermeister hat Ruhe. Am 16. November v. J. verlas Olfe im Stadtverordnetenkollegium einige Schriftstücke. Stadtverordneter Boas machte einige Zwischenrufe und hat deshalb jetzt das folgende Strafmandat erhalten, das wert ist, der Nachwelt überliefert zu werden als Mahnzeichen der Redefreiheit in dem Lande der Denker und Dichter:

„Der Stadtverordnete und Kaufmann C. F. Boas hier hat in den Gemeinderats-Sitzungen vom 9. und 16. Novbr. v. J. den Vorsitzenden während des Vortrages durch störende Zwischenrufe unterbrochen und sich dadurch des groben Unfugs schuldig gemacht. Beweis: durch die amtlichen Verhandlungen. Es wird deshalb hiermit gegen den v. Boas auf Grund des § 360 11 R.-Str.-G. eine bei der hiesigen Polizeikasse zu erlegende Geldstrafe von 15 Mk., an deren Stelle, wenn sie nicht beizutreiben ist, eine dreitägige Haft tritt, festgesetzt. Findet der v. Boas sich durch diese Strafsfestsetzung beschwert, so kann derselbe binnen einer Woche von Tage der Zustellung der Strafverfügung an bei der Polizeibehörde, welche dieselbe erlassen hat, oder bei dem zuständigen Einzelrichter auf gerichtliche Entscheidung antragen. Erfolgt binnen dieser Frist ein solcher Antrag nicht, so wird die festgesetzte Strafe vollstreckt. Güsten, den 3. Februar 1900. Die Polizeiverwaltung. gez. Olfe."

15 Mk. für einige Zwischenbemerkungen, das ist wahrlich nicht billig. Hoffentlich beantragt Boas gerichtliche Entscheidung; es wäre ja noch schöner, wenn diese Art des Mundtotmachens der Opposition Methode werden sollte.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Schkeuditz sprangen der 12jährigen Anna Meyer die Scherben einer von ihr zerbrochenen Wasserflasche ins rechte Auge, so daß dieses schwer verletzt wurde. — Beim Hinauftragen von Mehl stürzte in Stedten der Arbeiter Ulbrich von der letzten Stufe der Treppe rückwärts herunter und verletzte sich schwer, so daß man ihn, der blutüberströmt war, in seine Wohnung schaffen mußte. — Der Frau Ida Schwartze in Freyburg a. U. spritzte heißes Fett in die Augen, das linke ist schwer verletzt. — Sofort tot war der Knecht Schwarz in Sandersleben, der unter die Räder seines mit Steinen beladenen Wagens geriet. — In Langendorf stieß sich der neunjährige Paul Richter durch eine ungeschickte Bewegung mit seinem Federhalter ins rechte Auge. Der Kleine mußte in die hallesche Klinik gebracht werden. — Die Frau Rachner in Weißenfels stürzte sich an der Fußgängerbrücke in die Saale, wurde aber wieder herausgezogen und dadurch vor dem Ertrinken bewahrt. Hochgradige Nervosität soll die Veranlassung zur That sein. — In demselben Orte hat sich ein Dienstmädchen entfernt und seinen Eltern mitgeteilt, daß es sich das Leben nehmen würde.

Bei einer Radtour stürzte bei Genthin der 21jährige Jenrich aus dem nahen Dorfe Wust und zerschmetterte sich den Schädel, so daß er tot liegen blieb. — In Merseburg wurden dem Arbeiter Bernatzky von einer Maschine 3 Finger der linken Hand zermalmt, als er Getreide abliefere. — Beim Herumspringen in der Stube trat ein 5jähriger Junge in Brasch witz in eine in der Diele steckende lange Stopfnadel und stieß sich diese der ganzen Länge nach in den linken Fuß. Der Kleine mußte sofort in die hallesche Klinik überführt werden.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, den 26. Februar.

Aus der Haft vorgeführt wurden der 17jährige Schuhmacherlehrling Ferdinand Wagner und der 21jährige Schuhmachergeselle Hermann Eckhardt, beide von hier. Sie sind geständig, Urkundenfälschung in Verbindung mit Betrug begangen zu haben, indem sie im Januar hier Bestellzettel auf Namen mehrerer Schuhmachermeister anfertigten und damit bei dem Lederfabrikanten Mathijus viermal kalblederne Zugstiefelschäfte im Werte von 40 Mark erschwindelten. Die erlangten Waren sind verkauft und der Erlös ist geteilt worden. Bei dem fünften Male wurden die Angeklagten erwischt. Eckardt will aus Not und Arbeitslosigkeit gehandelt haben. Unter Zubilligung mildernder Umstände erfolgte Verurteilung zu je vier Monaten Gefängnis.

Hohe Strafe für Jugendstreiche erhielten die Schulknaben Bernhard Friedrich, Friedrich Camella und Arthur Haase von hier, die wegen Bandendiebstahls unter Anklage standen. Sie wurden beschuldigt, im Januar d. J. in den Geschäften von Ritter, Potz, Blöß, Böling, Brunewald 2c. Spielzeug, Schreibutensilien, Portemonnaies, Zigarrenetuiken, Handschuhe, Geldbeutel u. dgl. entwendet zu haben. Sie sollen sich zu den Diebereien in 14 Fällen gegenseitig verabredet und ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000228-14/fragment/page=0007

meinschaftlich gehandelt haben. Friedrich, der Hauptschuldige, scheint der Anreger, die anderen beiden hingegen sollen die Verführten gewesen sein. Das Urteil lautete gegen Friedrich auf 9 und gegen die anderen beiden Angeklagten auf je vier Monate Gefängnis.

Eine Freisprechung erzielte der Gärtner Hermann Kickeben aus Trebitz bei Könnern, der wegen gefährlicher Körperverletzung unter Anklage stand. Er soll am 17. Dezbr. v. J. auf der Dorfstraße in Trebitz mit den Bahnarbeitern Schneider und Grasemann in Wortwechsel geraten sein und dann in der Drängelei mit dem Messer um sich geschlagen haben. Die Beteiligten hatten mehrere Stiche erhalten. Der Angeklagte will in Notwehr gehandelt haben; der Staatsanwalt erachtete ihn aber für schuldig und beantragte 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freisprechung, da der Angeklagte gereizt gewesen ist und in Notwehr gehandelt habe.

Versammlungsberichte.

† **Bau- und Erdarbeiter.** Am 20. d. M. fand eine öffentliche Versammlung der Bau- und Erdarbeiter in Faulmanns Lokal statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen L. Bauer über Arbeiterschutz. 2. Beschickung der Konferenz in Magdeburg. 3. Regelung der Lohnfrage für dieses Jahr. 4. Verschiedenes. Kollege L. Bauer stellte die Anwesenden durch seinen ¾stündigen Vortrag vollkommen zufrieden, was der Beifall der Versammlung bewies. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen L. Bauer voll und ganz einverstanden und geben die Kollegen das Versprechen ab, von dem Rechte, welches jedem Kollegen zusteht, Gebrauch zu machen und mit aller Kraft dahin zu streben, daß derartige Mißstände, welche jetzt im Baugewerbe vorherrschend sind, bald verschwinden, damit die Resolutionen und Anträge, welche auf dem Bauarbeiterschutz-Kongreß angenommen sind, auch bald zur Geltung gelangen. Ferner wird die Ortsverwaltung beauftragt, eine Petition an die Magdeburger Bauberufsgenossenschaft einzusenden, um eine Reduzierung der Lasten der Steineträger auf gesetzlichen Wege zu erreichen, denn die Versammlung ist der Ansicht, daß, wenn die Lasten der Steineträger reduziert werden, viele Unglücksfälle vermieden werden können. Als Delegierte zu der im März in Magdeburg stattfindenden Agitationskonferenz wurden die Kollegen L. Bauer und Th. Robitsch gewählt. Auch wurde beschlossen, die diesjährigen, von der Versammlung anerkannten Forderungen an die Arbeitgeber einzusenden. Betreffs der Neuregelung der Kartellbeiträge wurde nach kurzer Debatte beschlossen, für den Kommissionsantrag einzutreten. Nachdem im Verschiedenen noch etliches geregelt war, wurde die gutbesuchte Versammlung um 12 Uhr geschlossen. E. B.

Vermischtes.

* **Wilhelm II. und Cecil Rhodes.** Der Hauptanstifter des südafrikanischen Krieges ist aus Kimberley nach Kapstadt zurückgekehrt. Er hat sofort von sich hören lassen. Der Herausgeber der Finanzchronik erhielt von Cecil Rhodes folgendes Telegramm aus Kapstadt: „Ich danke Ihnen, ich bin so erfreut, daß **Ihr Kaiser so freundliche Gesinnung für uns bethätigt** hat."

„Uns"? Wer ist damit gemeint? Die Engländer überhaupt oder die Macher der Chartered-Company im besonderen?

* **Abgeordneter Heinze.** Nun wissen wir's doch, wem wir die lex Heinze zu danken haben! Nach der italienischen Zeitung Giorno ist der Hauptagitator für das Zustandekommen des Gesetzes im deutschen Reichstage niemand anders als — „Herr Heinze, einer der eifrigsten Katholiken der Zentrumspartei!"

* **In Kriegsluft** wächst sich jetzt nachgerade die Flottenbegeisterung aus. Unter den preisgekrönten Flottenliedern begegnen wir einem Vers eines Professors Thouret aus Friedenau mit dem Refrain: „Volldamppf voraus — Sieg oder Tod!" So heißt es dort u. a.:

Greife zu, Germania!
Denn auch uns gehört die Erde
Und des Meeres Wunderreich;
Allzulang am heimschen Herde
Träumten wir, den Knaben gleich.
Hoch die Flagge Schwarz-Weiß-Rot!
Volldampf voraus — Sieg oder Tod!

* **Dampferkatastrophe.** Nach einem in Antwerpen eingetroffenen Telegramm ist der englische Dampfer „Bath City", nach Dudee unterwegs, auf einen Felsen gestoßen und sofort gesunken. Der Kapitän, zwei Offiziere, ein Maschinist und gegen zehn Mann der Besatzung sind gerettet. Ueber die übrigen Mannschaften fehlt jede Nachricht.

* **Ein großer Brand** brach am Sonntag nach einer Meldung aus Paris in einer Oel- und Alkohol-Niederlage in St. Quen a. d. Seine aus. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es, das Feuer einzudämmen. Ein Feuerwehrmann und einige Arbeiter erlitten leichte Verletzungen. Der entstandene Schaden wird auf zwei Millionen geschätzt. Am Sonntag abend 6 Uhr, als der Brand schon gedämpft zu sein schien, erfolgte eine Explosion von Petroleum oder Spiritus, durch welche etwa dreißig Personen verwundet wurden. Der Brand in St. Quen dauerte noch die ganze Nacht zum Montag, jedoch war die Gefahr einer weiteren Ausdehnung Sonntag abend 8 Uhr beseitigt. Die Zahl der Verletzten beträgt nach amtlicher Feststellung 130, davon sind 4 schwer verletzt. Die Behörden treffen Maßnahmen zur Unterstützung und Unterbringung der obdachlos gewordenen 80 Familien. 200 Arbeiter sind infolge des Brandes ohne Arbeit, der Materialschaden ist sehr bedeutend. In St. Quen geht das Gerücht, daß Brandstiftung vorliege.

* **Der konservative Landtagsabgeordnete Dr. Kersten,** der wegen seiner Stellung zur Kanalvorlage gemaßregelte Landrat, jetzige Erste Bürgermeister von Thorn, hat nunmehr sein Mandat niedergelegt, nachdem er von der Stadt Thorn zu ihrem Vertreter im Herrenhause präsentiert worden ist.

* **Luccheni,** der Mörder der Kaiserin Elisabeth von Oestreich, hat versucht, den Gefängnis-Direktor Perrin mit einem, aus einem Konservenbüchsen-Schlüssel gefertigten spitzen Instrument zu erstechen. Die Annahme, daß der Mann geisteskrank ist, wird dadurch bestätigt.

* **Der „Reichsglöckner" Gehlsen** ist im Gefängnis fast vollständig erblindet.

* **Von der Vergeßlichkeit des Publikums** und namentlich der holden Weiblichkeit hat wieder das Verzeichnis der Gegenstände, die im verflossenen Jahre in den Wagen der Berliner Straßenbahn vergessen und nicht reklamiert sind, einen Beweis geliefert. Nach diesem Verzeichnis sind im Jahre 1899 dem Fundbureau von den Schaffnern 15000 in den Wagen zurückgelassene Gegenstände abgeliefert worden, und hiervon ist noch nicht die Hälfte, ca. 7000, wieder abgeholt, so daß etwa 8000 Gegenstände öffentlich versteigert werden. Von den 15000 Gegenständen an Wert der bedeutendste war ein Brillantschmuck, der auf 130000 Mark geschätzt wurde, und den ein Kammerherr aus Potsdam in einem Wagen hatte liegen lassen.

* **Der Kindermord auf Guatemala** bewahrheitet sich. Der Wissensch. Korresp. geht darüber folgender brieflicher Bericht zu: Nach Abschluß der Schulprüfungen wurde ein Fest veranstaltet, bei dem eine Apotheose der Wissenschaft allegorisch dargestellt wurde. Hierbei erschien auf einer für diesen Zweck errichtete Säule, um die sich die Zöglinge sämtlicher Schulen geschart hatten, ein Mädchen mit entsprechenden Enblemen. Zum Schutze des Mädchens und der anderen Kinder war aus Zinkplatten ein hoher tempelartiger Bau hergestellt worden. Zur Erhöhung des Glanzes der Festlichkeit, welcher der Präsident der Republik, Estrada Cabrera, beiwohnte, waren auf dem Platze auch beträchtliche Abteilungen von Soldaten aufgestellt. Mitten in der allegorischen Aufführung löste sich nun eine Zinkplatte los, fiel auf das an der Spitze der Säule befindliche Mädchen, das schwer verwundet zu Boden stürzte, und riß noch einen Teil der Säule mit, wodurch viele Kinder gleichfalls schwere Verletzungen erlitten. Die Schreckensrufe der herbeieilenden Eltern riefen nun unter der sehr zahlreichen Menschenansammlung eine große Panik hervor. Die Truppen, die in zu großer Entfernung vom eigentlichen Festplatze aufgestellt waren, um sich über die Ursachen dieser Szenen klar zu werden, glaubten, daß es sich um politische Ruhestörungen handle und hielten sich zum Einschreiten bereit. Präsident Estrada Cabrera verfiel in den unseligen Irrtum, daß ein gegen seine Person gerichteter Aufstand im Zuge sei und trug kein Bedenken, den Truppen Befehl zum Feuern auf die Menge zu erteilen. Der Festplatz bedeckte sich hierauf mit einer großen Anzahl von tödlich Verwundeten, unter denen sich an 300 Kinder befanden. Den Blättern von Guatemala wurde verboten, das geringste über das furchtbare Ereignis mitzuteilen. Der Präsident soll eine wahre Schreckensherrschaft ausüben.

Aus dem Reiche.

Berlin. Weil er ein wertloses Kreuzband nicht bestellte, erhielt der Briefträger Hohenstein drei Monate Gefängnis, die vorgeschriebene niedrigste Strafe.

Berlin. Das Mitglied des Herrenhauses v. Knebel-Döberitz ist gestorben.

Konstanz. Der gemeldete Selbstmord des wegen Sittlichkeitsverbrechen in Konstanz verhafteten Pfarrers Schlatterer, der schon vor zwei Monaten einmal durch die Zeitung ging, bestätigt sich nicht. Am Sonnabend wurde Pfarrer Schlatterer wegen Verbrechens gegen §§ 174 und 175 des Reichsstrafgesetzbuches zu zwei Jahren Gefängnis, der mitangeklagte 18jährige Gymnasiast Dietsche zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt.

Bautzen. Vom Schwurgericht wurde die verehelichte Martschink schuldig befunden, an ihrem Schwiegersohne einen Giftmordversuch begangen zu haben und zu viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen eines unbedeutenden Formfehlers verwies das Reichsgericht die Sache an das Schwurgericht zurück, das in der erneuten Verhandlung auf Freisprechung erkannte.

Hamburg. Bei einem Feuer in der Ulricusstraße verbrannte heute früh ein unter Sittenkontrolle stehendes Mädchen.

Wiesbaden. Gegen eine hiesige Großhandlung ist ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden. Die zu zahlende Nachsteuer nebst Strafe beziffert sich zusammen auf rund 100000 Mark.

An die Arbeiter von Naundorf.

Eingesandt.

Schon lange haben wir den Wunsch gehabt, eine Versammlung abzuhalten, aber nie können wir einen Saal bekommen. Ich meine, es wäre doch leicht einen Saal zu erhalten, wenn die Arbeiter besser zusammenhalten würden, denn die Wirte leben doch nur von uns Arbeitern. Wollte doch unser Reichstagsabgeordneter Adolf Thiele gern einen Vortrag halten. Herr Geißler sagte zu mir, er wolle sich die Polizei nicht auf den Hals hetzen. Diese Meinung Geißlers ist vielleicht doch ein Irrtum. Oder glaubt er vielleicht, er wird den Herrn Kantor los oder die zwei Beamten von der Grube Naumburg? Von diesen kann er doch sicher nicht leben. Die Witwe Burkhardt sagte zu mir: Ich bekomme die Konzession nicht, wenn ich den Saal hergebe. Nun, dann behält sie ihren Saal, das Volksblatt hält sie schon lange nicht mehr, nur die Kreisblätter sind vorhanden. Es hat ja nach Ansicht der Frau Burkhardt keinen Zweck, daß man so viel Blätter hält. (?)

Darum, Arbeiter von Naundorf, tretet Mann für Mann zusammen, damit wir einen Saal erringen.

Ein Bergarbeiter.

Eingesandt aus Teuchern.

Hier kommt es jetzt häufig vor, daß Arbeiter, welche schon vor ein oder zwei Jahren neun Mark Bürgerrechtsgeld bezahlt, auch im vorigen Jahre bei der Stadtverordnetenwahl mit gewählt haben, noch einmal eine Aufforderung erhalten zur Bezahlung von neun Mark Bürgerrechtsgeld. Es muß hier ein Versehen vorliegen. Pflicht der Stadtverordneten wäre es, dieses zu untersuchen und den Bürgern davon Kenntnis zu geben, damit die Zweifel, die dadurch entstanden sind und auch bei vielen Bürgern böses Blut gemacht haben, zerstreut werden.

Mehrere Bürger.

Quittung.

Für die streikenden Bergarbeiter:

Teuchern. Weil auf dem Raupennest alles ausgemacht wird, 50 Pf.

Weil Franz die Koteletten stehen läßt, 50 Pf.

Weil Hermann sich eine Frau sucht, 50 Pf. Otto.

Berichtigung. Die in der Beilage zu Nr. 46 quittierten Gelder unter Teuchern sind nicht für Parteizwecke, sondern für die streikenden Bergleute bestimmt. Otto.

Vom alten Murxer 1.— M. Schade.
Vom Verband der Schmiede 10.55 M.
Aus der Wörmlitzerstraße 1.15 M. Schade.
Gemütlicher Narrenabend der Gemeindearbeiter 4.— M.
Fidele Dreie in der Bergstraße 1.35 M.
Lumpenabend Neuer Bürgergarten, Liebenauerstr. 2.10 M.
Von fidelen Saufbrüdern durch F. Schaaf-Trotha 1.30 M.
Durch F. R., Seeben 8.50 M.
Metallarbeiter-Verband 20.— M.
Wundrackſche Kapelle 1.80 M.

Güldenberg.

Quittung aus Delitzsch.

Vom Vertrauensmann Biedermann für die Kalender erhalten 100.— M. Güldenberg.

Liste gefunden.

Die Liste 1037 für die böhmischen Bergarbeiter ist gefunden worden. Gezeichnet war darauf 6.60 M. Dieselbe ist bei Lehmann, Stadt Einbeck, abgegeben. Der Verlierer möge sich melden.

Zur Beachtung.

Herr Bäckermeister **Merkel,** Geiststraße 20, hat die Bewilligung der von den Bäckergehilfen aufgestellten Forderungen wieder zurückgezogen, er ist deshalb von der Liste zu streichen. St.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,

Geiststraße 21, 1. Hof rechts.

Geöffnet von 9½—1½ und 4—8 Uhr.

Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht sowie über das Fabrikinspektorat u. s. w.

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Achtung! Achtung!

Da ich infolge meiner Thätigkeit im Verbande der Gemeindearbeiter seitens des Magistrats gemaßregelt wurde, sehe ich mich veranlaßt, mich wieder als

Schuhmacher

zu etablieren. Darum bitte ich alle Freunde und Genossen, mich gütigst zu unterstützen. Alle Aufträge in dieser Art werden baldigst und reell ausgeführt. Aufträge können niedergelegt werden in **Reukauffs Restaurant,** Große Märkerstraße 20.

A. Cichoszewski,
Schuhmacher, Schlosserstraße 16, part. l.

Ein Versuch

wird einen jeden von der Güte und dem Wohlgeschmack meines beliebten **Landbrotes** überzeugen. Dasselbe ist zu haben in meiner Bäckerei **Harz 50** und in allen Geschäften des **Allgemeinen Konsum-Vereins.** Auf Wunsch frei Haus.

H. Eilfeld, Harz 50.

Stadt Landsberg, Delitzscherstraße
Heute zu Fastnachten
großer Klim-Bim.
Otto Köhler.

Jeden Mittwoch
Schlachte-Fest.
Oskar Heller,
Steinweg 32.

Morgen
Schlachte-Fest.
Friedrich Büller.
Kl. Klausstr. 14.

Trotha.
Donnerstag den 1. März
grosser Narrenabend u. Bockbier-Fest.
Hierzu ladet ergebenst ein
H. Bernstein.

Roßfleisch!
hochfein, nur bei
H. Böhlert,
Telephon Nr. 900.

Preßlers Berg.
Mittwoch den 28. Februar
Familienabend.
Hierzu lade ich meine Freunde und werte Nachbarschaft ergebenst ein. Um gütigen Zuspruch bittet
Fritz Meinecke.
Die Unterhaltung nebst Vorträge besorgt bestens Herr Kapellmstr. Seeger.

Curt Laue, **Weißenfels, Marienstr. 42.**
Salon zum Rasieren, Haarschneiden und Frisieren.

Heute Dienstag **Schlachte-Fest.**
Emma Winkler Zeitz,
Kaiser Wilhelmstr. 4.

Sämtl. Parteischriften
Die Volksbuchhandlung.

Arb.-Bild.-V. Halle.
Gem. Chor. Donnerstag abend 8½ Uhr (ausnahmsweise) Uebungsstunde bei Brand, Restaur. Bratfisch, Mittelstr.
Buchführung. Der Kursusabend am Donnerstag fällt aus und wird dafür in nächster Woche mit nachgeholt. Die Mitglieder werden im nächsten Kursusabend am Donnerstag den 8. Febr. hierüber bestimmen.
Trotha. Donnerstag d. 1. März abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung in der Sachsenburg. Allseitiges Erscheinen nötig.
Montag den 5. März abends 8½ Uhr im Engl. Hof **Vortrag über Plato.** Referent Herr **Swienty.**

Stadt-Theater in Halle a. S.
Direktion: **M. Richards.**
Mittwoch den 28. Februar abends 7¼ Uhr.
165. Vorst. im P.-A. 53. Vorst. auß. Abonn. 1. Viertel.
Letztes Gastspiel des königl. Hofschauspielers Herrn **Paul Wiecke.**
Einsame Menschen.
Drama in 5 Akten v. G. Hauptmann.

Donnerstag den 1. März 1900 abends 7¼ Uhr
166. Vorst. im P.-A. 54. Vorst. auß. Abonn. 2. Viertel.
Die Puppe.
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Sturgeß.

Feinstes junges Schweinefleisch, per Pfd. 60 Pf., Feinste Rot- und Leber-Wurst p. Pfd. 70 Pf. empfiehlt die **Schweineschlächterei Edwin Kresse,** Nikolaiplatz 7, **Zeitz.**

Thalia-Theater.
Mittwoch den 28. Februar **Benefiz** für Herrn **Dr. Heinz Senger.**
Der Veilchenfresser.
Donnerstag den 1. März 1900
1. Gastspiel **Messthalers „Theater der Modernen".**
Jugend.
Liebesdrama in 3 Akten v. M. Halbe.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan!
(Das Nähere besagen die Abend-Programme.)
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

APOLLO-THEATER
Direktion: Fr. Wiehle.
Heute Dienstag
Der lustigste Abend der Saison!
Sämtliche Artisten in ihren besten u. komischsten Repertoir!
Nach der Vorstellung:
Fastnachts-Kränzchen
unt. Leitung d. beliebten Improvisator **William Schüff.**
Mittwoch: **Abschieds- und Ehrenabend** für **William Schüff.**

Hausbackenbrot, 5½ Pfd. 50 Pfg., empfiehlt die Bäckerei Schülershof 12.

Schreibtisch
sehr billig zu verkaufen
Lessingstraße 36.

Für Wiederverkäufer.
Steinmärbel,
Glasmärbel,
Porzellanmärbel u. Pascher,
Holzkreisel,
Gummibälle,
Wollbälle,
Gazemasken,
Atlasmasken sowie alle Gesichtsmasken,
Schiefertafeln,
Schiefergriffel,
Federkasten,
Bleistifte u. Federhalter,
Kämme, Spiegel,
Gratulationskarten
zu billigsten Preisen.
empfehlen
Klooss & Bothfeld,
Gr. Ulrichstr. 57.

Suche zu Ostern **einen Lehrling.**
Wilh. Michaelis, Schuhmachermstr. **Hohenmölsen.**

Gut. rot. breit. Gebett Betten bill. zu verk. Böllbergerweg 10, I l.

Anst. Schlafst. Pfännerhöhe 32, I l.

Frdl. Schlafst. z. v. Geiststr 23, H. II.

Sonntag früh ¼4 Uhr verschied nach langem schweren Leiden unser guter Vater und Großvater der Brauer
Heinrich Saft
im vollendeten 52. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch 5½ U. vom Friedhof aus statt.
Giebichenstein den 26. Febr. 1900.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000228-14/fragment/page=0008